Nr. 254. Halle (Saale), Dienstag, den 29. Oktober 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich. Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt. Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm hohe Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet. Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 29. Oktober 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der Lys-Niederung wiesen wir Teilangriffe des Gegners bei Ossene ab. Stärkere feindliche Abteilungen, die nordwestlich von Conde das östliche Schelde-Ufer zu gewinnen suchten, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. Südlich der Schelde drangen starke englische Angriffe bei Famars vorübergehend in unsere Linien ein. Das Infanterie-Regiment Nr. 176 unter Hauptmann Preuser ward den Feind völlig zurück. Die 7. Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 71 und die Infanterie-Geschützbatterie Nr. 38 trugen in vorderster Linie wesentlich zum Erfolge bei. Oestlich von Artres wurden Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Der Feind setzt die Zerstörung der Ortschaften in und östlich der Schelde-Niederung fort. Auch Valenciennes lag unter starkem feindlichen Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Angriffe der Franzosen gegen den Oise-Kanal zwischen Etreux und Lesquielles scheiterten in unserem zusammengefaßten Artilleriefeuer. Schwache Teile, die über den Kanal vorstießen, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. Westlich von Guise kamen feindliche Angriffe in unserem Feuer nicht voll zur Entwicklung. Im Suche-Abschnitt beiderseits der Straße Laon—Marle wiesen posensche und westpreußische Regimenter am frühen Morgen starke Angriffe des Gegners ab.

Heeresgruppe Gallwitz. Zwischen Aire und Maas zeitweilig auflebende Artillerietätigkeit.

Wir schossen in den beiden letzten Tagen 49 feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone ab.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

•

Bericht der Orient-Armee vom 26. Oktober. Die serbischen Truppen setzten ihre kräftige Verfolgung trotz des erbitterten feindlichen Widerstandes und sehr schlechten Wetters fort und erreichten am 23. Oktober die Höhen südlich von Kragujevac. Im Morawatale stehen die Alliierten am Südrande von Cuprija. Der Feind hat den Bahnhof und die Niederlagen von Kragujevac in Brand gesetzt. Es wird bestätigt, daß die österreichischen und deutschen Truppen auf ihrem Rückzuge Grausamkeiten aller Art verüben und die Bevölkerung ausrauben.

Tschitscherin an Wilson.

Laut Slowernaja Kowanna vom 25. Oktober heißt es in der Note Tschitscherins an Wilson, welche am 24. Oktober dem norwegischen Attaché in Moskau eingehändigt wurde, unter anderem: „Als Vorbedingungen für den Waffenstillstand, während dessen Friedensverhandlungen beginnen sollen, haben Sie in Ihrer Note an Deutschland die Forderung der Räumung der okkupierten Gebiete gestellt. Wir Russen sind bereit, Herr Präsident, unter diesen Bedingungen Waffenstillstand zu schließen und ersuchen Sie, uns in Kenntnis zu setzen, wann Sie Ihre Truppen aus Murmansk, Archangelsk und Sibirien zu entfernen beabsichtigen? Sie sind nicht damit einverstanden, einen Waffenstillstand zu gewähren, wenn Deutschland bei der Räumung besetzter Gebiete Zerstörungen, Plünderungen usw. nicht aufgibt. Wir erlauben uns, daraus die Folgerung zu ziehen, daß Sie und Ihre Verbündeten die Tschecho-Slowaken anweisen werden, den von ihnen in Kasan geraubten Teil unseres Goldvorrates zurückzuerstatten und ihnen verbieten werden, bei ihrem erzwungenen Rückzug ihre räuberischen Handlungen fortzusetzen und Gewalttätigkeiten an Arbeitern und Bauern zu verüben."

Die Frauen und der Friede.

Die Organisation der abhängigen sozialdemokratischen Frauen von Groß-Berlin hat einen Aufruf beschlossen, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Die Arbeiterschaft wird heute zum großen Teil durch Frauen repräsentiert. Diese Arbeiterfrauen haben einen ungeheuren Teil der Kriegslasten getragen, sie haben es durch ihre Arbeit überhaupt erst möglich gemacht, das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und den Krieg zu führen.

Nun aber, da eine Politik bloßer Gewalt zum Zusammenbruch führte, wollen sie für diese Politik nicht länger leiden.

Sie betrachten es nicht als eine Ehrlosigkeit, wenn das deutsche Volk nach vier Jahren heldenmütigen Kampfes jetzt offen und frei erklärt: Wir sind besiegt. Sie würden es aber nie und nimmer verstehen, wenn um des Scheines willen noch mehr kostbares Blut vergossen werden sollte.

In Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kriegslage in der Zukunft für uns nicht mehr günstiger werden kann, daß der Kampf nur noch unmenschlicher und furchtbarer werden würde, um schließlich zu noch schlimmerem Ende zu führen, halten es die deutschen Arbeiterfrauen im Interesse des Vaterlandes für geboten, den sofortigen Frieden zu schließen. . . .

Und deshalb fordern wir den Frieden und werden uns jedem Versuch entgegensetzen, ihn hinauszuzögern."

Oesterreich-Ungarn kapituliert.

Eine Sonderfriedensbitte an Wilson.

Wien, 28. Oktober. (W. T. B.) Der Minister des Aeußeren Graf Andrassy hat gestern den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die Königliche Schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten nachstehende Antwort auf deren Note vom 18. d. M. zu übermitteln.

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. M. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn abgesondert über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker in Oesterreich-Ungarn, speziell über jene der Tschechoslowaken und der Jugoslawen, zustimmt.

Da sonach Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von denen der Herr Präsident den Eintritt in die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten, und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen.

•

Mit der eigenen Logik, die den Dingen innewohnt, nimmt das von den fluchwürdigen alldeutsch-annektionistischen Kriegsmachern über Deutschland heraufbeschworene fürchterliche Unheil seinen Lauf. Es hängt Gewicht sich an Gewicht, und ringsherum bricht eine Stütze nach der andern zusammen. Bulgarien ist abgefallen, die Türkei steht vor der Kapitulation, und noch bevor sie diesen Schritt offiziell vollzogen hat, bricht Oesterreich-Ungarn, der stärkste und (scheinbar) treueste Bundesgenosse Deutschlands die vielgerühmte „Nibelungentreue". Denn in der Tat bedeutet der Sonderschritt Oesterreichs das Ende des deutsch-österreichischen Waffenbündnisses.

Ueberraschend kommt auch er nicht, wie einem denn jetzt überhaupt kaum noch irgend etwas in Erstaunen setzen kann. Wenn Oesterreich, ohne das Ergebnis der deutschen Friedensbemühungen abzuwarten, den Frieden für sich und auf eigenen Wegen sucht, so hat es dafür natürlich zwingende Gründe. Denn sonst würde Graf Julius Andrassy, der neue österreichische Außenminister, wohl zuallerletzt den Sonderfriedensschritt mit seinem Namen gedeckt haben. Galt er doch stets als einer der bündnistreuesten österreichisch-ungarischen Staatsmänner. Letzten Endes dürfte wahrscheinlich die Krone die treibende Kraft der Kapitulation sein, die auf diese Weise noch hoffen mag, sich zu erhalten. Indes: für das etwaige Gelingen einer solchen Spekulation fehlen im heutigen Oesterreich-Ungarn so gut wie alle Voraussetzung. Das alte Oesterreich hat aufgehört zu bestehen, und gegenwärtig ist dort alles in Gärung und Zersetzung und teilweise allerdings auch schon in Neubildung begriffen. Das offizielle Oesterreich-Ungarn besteht eigentlich nur noch in der Einbildung des österreichischen Monarchen und seiner „Ratgeber". Tatsächlich hat es ja auch bereits Wilson in seiner letzten Antwortnote nicht mehr als für ihn bestehend anerkannt. Inzwischen ist aber die staatliche Auflösung und Loslösung immer offenkundiger geworden. Selbständige tschechische, polnische, slowenische, kroatische und deutsche Staatswesen sind im Werden. Ungarn hat sich schon vollständig selbständig gemacht, und ist mit Oesterreich eigentlich nur noch durch eine Personalunion verbunden, die jeden Tag aufhören kann. Mit den Loslösungsbestrebungen Ungarns ist dort zugleich auch der Wille nach einem Sonderfrieden mächtig erstarkt. Und dieser Umstand mag, neben den zerrütteten und trostlosen inneren Zuständen der Donaumonarchie, mit den stärksten Anstoß zu dem österreichischen Sonderfriedensschritte gegeben haben. Es ist im Grunde eine Tat der Verzweiflung. Wien ist von Hungersnot bedroht, da die Ungarn und die Tschechen ihm die Lebensmittelzufuhr sperren. Man befürchtet eine gefährliche Kohlenkrise und glaubt, daß im Anschluß daran mit Verkehrsunterbrechungen, Schließung von Fabriken und Unruhen zu rechnen sei.

In Budapest ist es ja bereits zu Unruhen und zu Zusammenstößen zwischen Volk und Militär gekommen. Aus dieser verzweifelten Situation will die österreichische Regierung wahrscheinlich auch die drückendsten und demütigendsten Friedensbedingungen annehmen wird. Für Deutschland wird die Folge sein, daß es dann vollständig isoliert und von aller Welt verlassen sein wird. Es verliert nicht nur die österreichische Waffenhilfe, sondern die Zahl der Ententetruppen, die durch das Ausscheiden Oesterreichs freiwerden, besonders in Italien, verstärkt die militärische Macht der Gegner ganz bedeutend. Daneben kann unter Umständen durch die vollständige Isolierung auch die Wirtschaftskraft Deutschlands erheblich geschwächt werden. Man braucht jedoch alle diese möglichen Folgen und Wirkungen des österreichischen Schrittes für die militärische, politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands gar nicht erst im einzelnen aufzuzählen, um zu erkennen, daß die Fortsetzung des Krieges, wie es die alldeutschen Kriegstreiber wollen, verbrecherischer Wahnsinn wäre.

Wie so vieles andere, für das deutsche Volk verhängnisvolle Geschehen, so ist auch der Abfall Oesterreichs nur eine ganz natürliche und logische Folge der verkehrten, fehler- und stümperhaften deutschen auswärtigen Politik, der im Grunde jeder Weitblick fehlte und die nur die des militärischen Kraftmeiertums war. Die Sünden dieses brutal-plumpen Systems werden nun an dem unglückseligen deutschen Volke tausendfältig heimgezahlt, das immer tiefer in Not und Elend gestürzt wird. Aber das genügt den alldeutschen Kriegsmachern noch immer nicht: sie wollen das deutsche Volk weiter in den Krieg treiben — bis zur völligen Vernichtung! Gegen diesen verbrecherischen Wahnsinn muß sich vor allem die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands wie ein Mann erheben!

Die deutsche „Volksregierung" aber muß nach der Kapitulation Oesterreichs nunmehr für die Friedensfindung mit vermehrtem Eifer und mit gesteigerter Tatkraft wirken!

•

Oesterreichs Sonderschritt im Urteile der Presse.

Berlin, 29. Oktober. (W. T. B.) Auf uns selbst gestellt, sagt die Germania, bekennen wir uns zu dem Satz unseres Reichskanzlers, daß, wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, zugleich die Pflicht übernahm, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Ihn abzuwehren, müssen wir nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch gerüstet bleiben und wie in erster Beziehung unser Vertrauen der neuen Reichsleitung gilt, so hat es in letzterer voll und ganz unser bewährter Feldmarschall Hindenburg.

Die Frei. Ztg. meint: Wahrscheinlich ist, daß die österreichisch-ungarische Regierung glaubt, durch ihren raschen Sonderfrieden die Verhandlungen noch in der Hand zu behalten, während die einzelnen auseinander strebenden Teile ihre dringende Bereitschaft kundtun, mit Wilson besonders zu verhandeln. Es erscheint uns fraglich, ob Oesterreich-Ungarn wirklich besser dabei fährt als wenn es gemeinsam mit Deutschland in Friedensverhandlungen eingetreten wäre.

Der Lok.-Anz. sagt: Wir sind der allmodischen Meinung, daß ein geschlossenes und darum festeres Auftreten der Bundesgenossen auf der Friedenskonferenz den beiderseitigen Interessen günstiger gewesen sein würde. Da das nicht sein soll, hoffen wir von unserer Regierung, daß sie nun die Rücksichten, von denen Oesterreich-Ungarn uns selbst entbindet, auch in unserem Interesse weniger betont und daß sie darüber hinaus die Interessen unseres Stammesgenossen in Oesterreich gegenüber den Ansprüchen der ihnen feindlichen Nationalitäten mehr in den Vordergrund stellt.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Die Stellung Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn ist in diesem Augenblick klar gekennzeichnet. Die Rücksicht auf unsere Verbündeten an der Donau haben die deutsche Politik und auch die deutsche Kriegführung in einer Weise bestimmt, die durchaus nicht immer unsere Billigung fand. Solcher Rücksichten sind wir bei einem derartigen Sonderschritt Oesterreich-Ungarns entbunden.

Straßenkämpfe in Budapest.

In der Voss. Ztg. wird von Straßenkämpfen in Budapest berichtet. Zwei Militärkordons wurden von der Menge durchbrochen. Beim dritten Kordon bei der Kettenbrücke, die nach Ofen führt, fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Mit Gewehrfeuer, Maschinengewehren und Bajonetten wurde die Menge zurückgedrängt.

Budapest, 28. Oktober. Erzherzog Joseph ist im Auftrage des Kaisers als homo regius in Budapest eingetroffen, um mit den Parteien zu verhandeln. Das ist die amtliche Erklärung seiner Mission. In Wirklichkeit soll es sich dem Vernehmen nach um die Errichtung der Militärdiktatur handeln. Erzherzog Joseph wird, wie es heißt, heute eine Proklamation erlassen und darin dem Volke Mitteilung über die nächsten Schritte der Politik machen. Der ungarische Nationalrat bereitet sich gegen jeden Angriff und gegen jeden Versuch, den Lauf der Dinge zu verfälschen und auf die alten Wege zurückzuführen, mit energischer Gewalt vor. Man rechnet mit dem Ausbruch eines allgemeinen Arbeiterausstandes.

Haag, 28. Oktober. Het Vaderland schreibt: „Was in Ungarn geschehen wird, ist noch immer zweifelhaft. Daß es sich unter Karolyi an die Seite der Entente stellen wird, können wir doch nicht annehmen. Die Ungarn sind als stolzes Volk bekannt und man muß es erst sehen, um es von einem stolzen Volke glauben zu können, daß es die Bundestreue gegen Deutschland brechen kann. Denn man weiß, es ist vor allem Ungarn gewesen, das durch seine Handelspolitik Serbien zum erbitterten Feind der Donaumonarchie machte, und vor allem Ungarn, das die Regierung der Monarchie nach dem Morde von Serajewo nötigte, jetzt und ein für allemal mit Serbien abzurechnen.

•

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181029-14/fragment/page=0001

Türkische Sonderverhandlungen mit der Entente.

Konstantinopel, 28. Oktober. Akschan meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Tonnehend abgereist. Die Nachricht beschäftigt die heutige Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Viele geben sogar schon die Bedingungen bekannt. Tanin erklärt dagegen alle derartigen Nachrichten, auch aus offizieller Quelle, als reine Vermutungen. Es ist anzunehmen, daß eine amtliche Persönlichkeit derartige Meldungen gegeben hatte, um das aufgeregte Publikum zu beruhigen. Wahr scheint zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegenäußerung ist gestern eingelaufen. Tanin erklärt, man könne nur versichern, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und ein Abschluß bevorstehe. Andere erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. Nach vorliegenden Aeußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Abteilung zur Ueberwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen. Senan nennt die Bedingung der Bildung eines Gendarmeriekorps zur Sicherheit sowie der Bestrafung gewisser Personen eine ungebührliche Einmischung in türkische Angelegenheiten. Sabah erwartet ein Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands getrennt habe. Das Blatt verlangt gehässig ein sofortiges Ausschalten des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glaubten. Ikdam spricht für eine Loslösung von dem Zentralkomitee und eine Neuorientierung der Komiteepolitik.

•

Der Papst als Friedensvermittler?

Köln, 28. Oktober. Die Kölnische Volkszeitung schreibt: Von der schweizerischen Grenze verlautet, daß der Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, namens der Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz den Papst um Vermittlung bat, damit die Feinde, die allem Anschein nach die deutsche Nation in ihrem Bestand bedrohen, von ihrem Plane, Deutschland zu vernichten, abstehen. Der Papst wurde gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Friede zustande kommen, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht und so die Versöhnung der entzweiten Nationen anzubahnen geeignet ist.

Um Liebknechts Reichstagsmandat!

In seiner großen Reichstagsrede vom 24. Oktober hat Genosse Ledebour den Regierungssozialisten eine ernste Frage gestellt. Er hat sich aufgefordert, dem Genossen Liebknecht die Möglichkeit zu geben, seinen Sitz im Reichstage, den ihm das Militärgericht aberkannte, wieder einzunehmen. Das müßte in der Weise geschehen, daß der jetzige regierungssozialistische Vertreter des Wahlkreises Potsdam-Osthavelland, Herr Stahl, **das Mandat niederlegt und die Wähler in der Ersatzwahl entscheiden, ob sie ihn oder den Genossen Liebknecht** als ihren Vertreter im Reichsparlament haben wollen.

Die Forderung mutet den Scheidemännern keine Unbilligkeit zu. **Sie haben selbst das Urteil gegen Liebknecht** für ein **Urteil der Klassenjustiz und der Kriegspsychose erklärt, das auch ihrem Rechtsempfinden aufs** äußerste widerspreche.

Wenn sie also nicht **Nutznießer eines Unrechts** sein wollen, müssen sie die Forderung unserer Partei erfüllen, **müssen sie den Wählern von Potsdam-Osthavelland** die Möglichkeit geben, das dem Genossen Liebknecht **angetane Unrecht wieder gutzumachen!**

Sonst würde man **berechtigt sein, von den** Regierungssozialisten **zu** sagen, daß sie **auch Liebknecht gegenüber Nutznießer des Belagerungszustandes** sind!

Wie werden sie sich entscheiden? fragt die L. V. Der Vorwärts vom Freitag, der die Rede Ledebours bespricht, erwähnt **die** Forderung bezeichnenderweise **mit keinem Wort!**

Wer wird Ludendorffs Nachfolger? Berlin, 28. Oktober. In politischen Kreisen verlautet nach der Frankf. Ztg., daß nicht General von Loßberg, sondern Generalleutnant Groener zum Nachfolger Ludendorffs ausersehen ist.

Das neue Europa.

Vor einem Jahrhundert, nach dem Zusammenbruch des Napoleonischen Kaisertums, hat der Wiener Kongreß die Landkarte Europas gezeichnet. Die Völker galten jener Zeit noch als ein Besitz der Fürsten; die Diplomaten verfügten über die Nationen, wie man über Viehherden verfügt. So hat der Wiener Kongreß Deutschland als einen ganz losen Bund von drei Dutzend Monarchien organisiert, Italien österreichischer Fremdherrschaft unterworfen, Polen zerstückelt, Belgien an Holland gekettet, die christlichen Balkanvölker unter türkischer Herrschaft belassen. Aber gegen diese Verträge von 1815 lehnten sich die Völker auf. Der alten Staatsauffassung, der gemäß die Länder das Eigentum der Fürsten sind und die Fürsten darum Länder tauschen, Völker zerreißen, Nationen aneinanderketten dürfen, wie es ihnen gefällt, stellten die Völker die Lehre gegenüber, daß der Staat nichts anderes mehr sein dürfe als die Organisation der Nation. Jedes Volk, das eine eigene Sprache spricht und eine eigene Kultur besitzt, habe das Recht, alle seine Teile in einem unabhängigen Staate zu vereinigen. So gewann im Kampfe gegen die Ordnung des Wiener Kongresses das Nationalitätsprinzip immer größere Macht über die Seelen. „Jede Nation ein Staat! Die ganze Nation ein Staat!" fordert dieses Prinzip, das zu einem der Grundsätze der europäischen Demokratie geworden ist.

Die Julirevolution 1830, die große europäische Revolution 1848, die Kriege von 1859, 1864, 1866 und 1870 waren die wichtigsten Etappen im Siegeszug des Nationalitätenprinzips. Es hat die europäische Ordnung von 1815 zerstört: das neue Deutsche Reich wurde aufgerichtet, Italien wurde befreit und geeint, Belgien riß sich von Holland los, Ungarn erlangte staatliche Selbständigkeit, die Moldau wurde mit der Walachei vereinigt, Schleswig-Holstein wurde von dänischer, Serbien, Griechenland und Bulgarien wurden von türkischer Fremdherrschaft befreit.

Aber nach dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870 stieß das Nationalitätenprinzip auf unüberwindliche Schranken. Zwei Mächte widersetzten sich seiner vollständigen Verwirklichung: Rußland und das Deutsche Reich. Rußland hat selbst ein Dutzend Nationen in seinem Reiche vereinigt, die Aufstände Polens, das dreimal seine nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen versuchte, blutig niedergeworfen und die Selbständigkeit Finnlands zerstört. Aber auch das Deutsche Reich hat sich der Verwirklichung des Nationalitätsprinzips widersetzt.

Im Jahre 1814 hat die deutsche Demokratie für das Nationalitätsprinzip gekämpft. „Freiheit und Einheit Deutschlands" stand auf ihren Fahnen. Damals war Oesterreich noch die Vormacht im Deutschen Bunde. Aber Oesterreichs Vorherrschaft stand der deutschen Einheit im Wege: Deutschland wollte nicht von der zu vier Fünfteln nichtdeutschen Macht beherrscht werden, aber es wollte auch nicht auf die Zugehörigkeit der Deutschösterreicher zum Deutschen Reiche verzichten. Deshalb strebte die deutsche Demokratie damals die Auflösung Oesterreichs an: Italien, Polen, Ungarn sollten freie Nationalstaaten werden; der überwiegend deutsche Rest Oesterreichs sollte mit dem übrigen Deutschland zu einer deutschen Republik vereinigt werden. „Deutschland wird frei und geeint, indem es die andern, von Oesterreich beherrschten Nationen freigibt", das war damals die Parole. Für dieses Ziel haben damals auch die deutschen Arbeiter gekämpft: das war das Ziel der Wiener Oktober-Revolution 1848, das war das nationale Programm Marxens, Engels', Lassalles, Wilhelm Liebknechts, August Bebels in all den Kämpfen von 1848 bis 1871.

Aber die deutsche Demokratie wurde geschlagen. Nicht sie hat das neue Deutsche Reich aufgerichtet, sondern der preußische Staat unter Bismarcks Führung. Bismarck schloß zuerst 1866 Oesterreich aus dem Deutschen Bunde aus; er richtete dann 1871 das Deutsche Reich unter preußischer Vorherrschaft auf; er schloß endlich 1878 das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Diese Reichsbildung war gegen das Nationalitätsprinzip gerichtet: Bismarck wollte nicht die Deutschösterreicher mit dem Deutschen Reiche vereinigen; er wünschte vielmehr, daß Oesterreich fortbestehe, daß innerhalb Oesterreichs die Deutschen herrschen, daß das von den Deutschen beherrschte Oesterreich mit Deutschland verbündet sei; auf diese Weise wollte sich das Deutsche Reich sichern, daß im Kriegsfalle nicht nur die deutschösterreichischen, sondern auch die slawischen, die romanischen und die ungarischen Truppenkörper Oesterreich-Ungarns an seiner Seite fechten. Das deutsche Volk sollte auf seine Einheit, auf die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reiche verzichten, um im Kriegsfalle über die militärische Kraft der anderen Völker Oesterreich-Ungarns verfügen zu können. Aus diesem Grunde hielt Bismarck die Existenz Oesterreichs für ein Lebensbedürfnis Deutschlands, zu dessen Verteidigung das Deutsche Reich notfalls auch zu den Waffen greifen müsse.

Aber der Krieg brachte zunächst die Niederwerfung Rußlands, die russische Revolution, die Loslösung der „Randvölker" vom russischen Reiche. Im Kampfe gegen Rußland trat Deutschland selbst als Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips auf; es proklamierte die staatliche Selbständigkeit Finnlands, Estlands, Livlands, Kurlands, Litauens, Polens, der Ukraine, Georgiens, Armeniens und Turkestans. Mit einemmal zehn neue Nationalstaaten! Auf der andern Seite bediente sich die Entente des Nationalitätsprinzips im Kampfe gegen Oesterreich-Ungarn: sie proklamierte den tschechisch-slowakischen Staat, die Vereinigung und Unabhängigkeit Polens und der südslawischen Länder, den Anschluß der Italiener Oesterreichs und der Rumänen Ungarns an ihre Nationalstaaten. Und in Oesterreich-Ungarn selbst nahmen die Nationen den Kampf um ihre staatliche Selbständigkeit auf.

So hat der Krieg zunächst das Nationalitätsprinzip zum Siege geführt. Das alte zarische Rußland besteht nicht mehr. Aber auch der von den Deutschen geführte österreichische Einheitsstaat ist nicht mehr zu halten. Wenn Oesterreich noch bestehen kann, so kann es nur als Bund freier Völker bestehen, innerhalb dessen die Deutschösterreicher keine Vorherrschaft mehr hätten. Damit ist aber auch die Reichsidee Bismarcks überwunden: das deutsche Volk wird für seinen Verzicht auf die nationale Einheit, auf die Vereinigung aller Deutschen in einem Staate, nicht mehr dadurch entschädigt sein, daß die Vorherrschaft der Deutschösterreicher in Oesterreich ihm im Kriegsfalle die Verfügung über slawische, romanische und ungarische Bajonette sichert.

Die Nationen Rußlands und die Nationen Oesterreich-Ungarns werden frei. Was wird nun geschehen? Zwei Möglichkeiten gibt es: es ist denkbar, daß sich die Nationen, in die das russische Reich zerfallen ist, freiwillig zu einer großen Föderativrepublik wieder vereinigen und daß ebenso die Nationen Oesterreichs und Ungarns miteinander einen Staatenbund, einen Bund freier Nationalstaaten bilden. Aber denkbar ist auch der andere Fall: daß die Nationen ihre vollkommene Selbständigkeit erlangen, sich keiner engeren übernationalen Gemeinschaft mehr unterordnen wollen. In diesem zweiten Falle würde das Nationalitätsprinzip in ganz Europa restlos verwirklicht, jede Nation würde ihren unabhängigen Nationalstaat aufrichten und alle ihre Stämme in diesem Nationalstaate vereinigen, und zwischen den Nationen gäbe es keine engeren Gemeinschaften mehr, sondern nur die eine, die ganze Welt umspannende Gemeinschaft des großen Völkerbundes, der aus diesem Kriege erstehen soll.

Das deutsche Volk hat in diesem Kriege Ströme von Blut vergossen und sich mit dem Hasse aller Völker belastet, um nur den Sieg des Nationalitätsprinzips zu verhindern. Sollte es sich aber zeigen, daß sich das Nationalitätsprinzip mit unwiderstehlicher Gewalt durchsetzt, daß die andern Völker auf ihre nationale Unabhängigkeit und auf die Vereinigung aller ihrer Glieder in einheitlichen Nationalstaaten nicht mehr verzichten wollen, dann wird sich auch das deutsche Volk dem Siege des Nationalitätsprinzips nicht mehr widersetzen können. Es wird dann das Nationalitätsprinzip für die anderen Völker anerkennen müssen, es aber auch für sich beanspruchen können. Denn werden die anderen Völker frei, so gewinnt dadurch das deutsche Volk seine 1866 verlorene Einheit zurück.

Der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich bliebe in diesem Falle kein anderer Weg als der, zurückzugreifen auf unser ursprüngliches nationales Programm, auf das Programm, für das schon 1848 Marx und Engels, für das in den 60er Jahren Lassalle und Schweitzer, Liebknecht und Bebel gekämpft haben: auf das Programm eines neuen Europa, in dem das deutsche Volk so gut wie alle anderen Völker alle seine Stämme in einem unabhängigen Nationalstaate vereint; in dem sich Deutschösterreich als ein Bundesstaat dem Deutschen Reiche anschließt, während die anderen Nationen Oesterreichs ihre freien Nationalstaaten bilden und alle diese Nationalstaaten mit uns nur vereint bleiben in dem großen, die ganze Menschheit umfassenden Völkerbunde. (W. A.-Z.)

Politische Uebersicht.

Volksversammlungen in Berlin.

Am Sonntag veranstaltete die **Unabhängige Sozialdemokratie** in Berlin fünf große öffentliche Versammlungen. Sie waren alle überfüllt. Den äußeren Anlaß bot die bevorstehende Stichwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis. Zweck war die Beleuchtung der Situation und der Appell an die Massen, bereit zu sein. — In allen Versammlungen hielt, stürmisch begrüßt, Karl Liebknecht eine kurze Ansprache.

Einem Berichte des B. T. zufolge hatte die Polizei umfangreiche Absperrungsmaßregeln getroffen. Aus bisher noch nicht festzustellendem Grunde wurden nachmittags gegen ½5 Uhr

Eine Geschichte von zwei Städten.

65] Von Charles Dickens.

Wahrscheinlich verbrachte Mr. Gabelle eine lange Nacht daselbst mit der Aussicht auf das Schloß als Feuer und Licht, und dem Anschlagen an seine Tür — verbunden mit dem frohlockenden Geläute, als Musik, nicht zu gedenken, daß ihm gegenüber vor dem Postgebäude eine Laterne hing, die zu seinen Gunsten von ihrem Platze zu entfernen das Dorf ungemein viel Neigung zeigte. Ein prüfungsvoller Zustand, eine ganze Sommernacht hindurch an dem Rande eines finstern Meeres zu stehen, bereit, den Sprung hineinzutun, auf den Mr. Gabelle gefaßt gemacht hatte. Aber der Morgen, des Menschen Freund, graute endlich und die Lichter im Dorfe waren ausgegangen und nun zerstreute sich glücklicherweise das Volk. Jetzt stieg auch Mr. Gabelle herunter, diesmal noch mit dem Leben glücklich davongekommen.

Im Umkreise von hundert Meilen und bei dem Schein anderer Feuer waren in dieser Nacht und in anderen Nächten andere Beamte weniger glücklich, denn die aufgehende Sonne fand sie in voreinst friedlichen Straßen, wo sie geboren und erzogen worden, erhenkt; und andere Dorf- und Stadtbewohner waren weniger glücklich, als der Straßenarbeiter und seine Genossen, denn die Beamten und Truppen wendeten sich mit Erfolg gegen sie und henkten nun diese Partei. Aber die wilden Gestalten gingen nach Osten, nach Westen, nach Norden und nach Süden festen Schrittes, mochte geschehen was da wolle; und wer immer aufgehenkt ward — Feuer loderte. Die Höhe der Galgen, die es in Wasser verwandelt und gelöscht hätten, konnte kein Beamter mit aller Kunst der Mathematik mit Erfolg berechnen.

Dreißigstes Kapitel.

Vom Magnetfelsen angezogen.

In solchem wilden Treiben voll Mord und Brand waren drei stürmische Jahre vergangen. Drei neue Geburtstage der kleinen Lucie hatte der goldene Faden in das friedliche Gewebe ihres Lebens zu Hause gewoben.

Manche Nacht und manchen Tag hatten die Bewohner dieses stillen Hauses den Echos in der Ecke mit Herzen gelauscht, welche ihnen sanken, als sie die stürmischen Schritte vernahmen; denn die Schritte klangen ihnen wie die Schritte eines Volkes unter einem roten Banner und mit dem Rufe: „Das Vaterland ist in Gefahr!" zu wildem Wahnsinn bewegt und von schrecklichem, zu lange anhaltendem Zauberbann in reißende Tiere verwandelt. Monseigneur als Stand hatte sich losgesagt von der merkwürdigen Erscheinung, nicht gehörig gewürdigt und in Frankreich so wenig gebraucht zu werden, daß er beträchtliche Gefahr lief, dort fort und zugleich aus dem Leben geschickt zu werden. Wie der Bauer in dem Märchen, der mit unendlicher Mühe den Teufel zitiert hat und bei seinem Anblick so erschrickt, daß er dem einigen Feinde keine Frage vorlegen kann, sondern sofort ausreißt, so hatte auch Monseigneur, nachdem er viele viele Jahre lang kühnlich das Vaterunser rückwärts gelesen und manchen anderen mächtigen Zaubersegen gesprochen, um den Gottseibeiuns heraufzubeschwören, ihn kaum in seinem Schrecken gesehen, als er in seinem hochadligen Selbst sich aus dem Staube machte.

Das glänzende Oeil de boeuf war verschwunden oder es wäre der Zielpunkt eines Orkans von nationalen Kugeln geworden. Es war nie ein gutes Auge zum Sehen gewesen — hatte lange in sich den Splitter von Lucifers Stolz, Sardanapals Ueppigkeit und eines Maulwurfs Blindheit gelitten — aber es war ausgefallen und verschwunden. Der Hof von dem exklusivsten innersten Kreis bis zu dem äußersten verrotteten Kreise, von Intrige, Feilheit und Heuchelei — war ebenfalls verschwunden. Das Königtum war weg, war in seinem Palast belagert und „suspendiert" worden, als die letzten Nachrichten herüberkamen.

Der August des Jahres 1792 war gekommen und Monseigneur war um diese Zeit nach allen vier Weltgegenden zerstreut. In London war natürlich das Hauptquartier und der große Sammelplatz für Monseigneur Tellsons Bank. Geister sollen die Orte heimsuchen, wo ihre Körper am meisten verkehrten, und Monseigneur, ohne eine Guinee, suchte das Haus heim, wo ehedem seine Guineen zu sein pflegten. Außerdem war es der Ort, wohin die zuverlässigsten Nachrichten aus Frankreich am schnellsten kamen. Außerdem waren Tellsons ein nobles Haus und zeigten sich sehr großmütig gegen alte Kunden, die von ihrer hohen Stellung herabgekommen waren. Ferner waren die Edelleute, welche noch beizeiten das kommende Unwetter gewahr geworden und in Voraussicht von Plünderung oder Konfiskation vorsorglich Tellsons Rimessen gemacht hatten, dort für ihre dürftigen Standesgenossen immer zu erfragen. Dazu kommt noch, daß jeder neue Ankömmling aus Frankreich sich und seine Nachrichten — fast als verstände es sich von selbst — bei Tellsons meldete. Aus diesen vielen Gründen waren Tellsons damals — was französische Nachrichten betrifft — eine Art von Hauptbörse; und dies war im Publikum so wohl bekannt und es kamen demzufolge so häufig Nachfragen, daß Tellsons manchmal die neuesten Nachrichten auf einen Zettel schrieben und ihn in das Kontorfenster steckten, damit alle, welche durch das Tempeltor kamen, sie lesen konnten.

An einem nebelfeuchten Nachmittag saß Mr. Lorry an seinem Pulte und Charles Darnay stand neben ihm und unterhielt sich mit ihm halblaut. Die Strafzelle, in welcher früher die Konferenzen mit dem „Hause" stattfanden, war jetzt die Nachrichtenbörse und zum Ueberfließen voll. Es war eine halbe Stunde ungefähr vor Schlußzeit.

„Aber wenn Sie auch der jüngste Mann unter den Lebenden wären," sagte Charles Darnay mit einigem Zögern, „so müßte ich doch einwenden —"

„Ich verstehe. Daß ich zu alt bin?" sagte Mr. Lorry.

„Schlechtes Wetter, eine lange Reise, Unsicherheit der Transportmittel, Anarchie im Lande, eine Hauptstadt, die vielleicht selbst für Sie nicht sicher ist —"

„Lieber Charles," sagte Mr. Lorry mit heiterer Zuversicht, „Sie erwähnen einige Gründe gegen mein Hinreisen, nicht gegen mein Hierbleiben. Es ist sicher genug für mich; niemand wird sich um einen alten Kerl von nahe an die Achtzig kümmern, wo es so viele Leute gibt, um die sich zu kümmern es mehr der Mühe verlohnt. Was die Anarchie in der Hauptstadt betrifft, so wäre ohne die Anarchie eben keine Veranlassung, jemand von unserem Hause hier an unser Haus dort zu schicken, der die Stadt und das Geschäft von alters her kennt und Tellsons Vertrauen besitzt. Was die Unsicherheit und die Länge der Reise und das Winterwetter betrifft, so möchte ich wissen, wer sich ein paar Unbequemlichkeiten für Tellsons aussetzen soll, wenn ich es nach so vieljährigem Dienste nicht tue?"

„Ich wollte, ich könnte selbst gehen," sagte Charles Darnay voller Unruhe wie einer, welcher laut denkt.

„Wahrhaftig! Sie sind mir ein seltsamer Ratgeber!" rief Mr. Lorry aus. „Sie möchten selbst hinübergehen? und Sie — ein geborener Franzose? Das nenne ich einen gescheiten Einfall!"

Mein lieber Mr. Lorry! — eben weil ich ein geborener Franzose bin, ist mir der Gedanke (den ich jedoch hier nicht aussprechen wollte) oft durch den Kopf gegangen. Man kann nicht umhin zu glauben, wenn man einiges Mitgefühl mit diesem armen Volke gehabt und ihm einige Opfer gebracht hat" — er sprach jetzt in seiner vorigen in Gedanken versunkenen Weise — „daß man Gehör finden und so viel Einfluß gewinnen könnte, um manches Schlimme zu verhindern. Erst gestern abend, nachdem Sie uns verlassen hatten und ich mit Lucien sprach —"

„Als Sie mit Lucien sprachen," wiederholte Mr. Lorry. „Ja. Ich wundere mich, daß Sie sich nicht schämen, Lucien beim Namen zu nennen! Sie möchten in einer solchen Zeit in Frankreich sein?!"

„Nun ich reise ja doch nicht hin," sagte Charles Darnay mit einem Lächeln. „Es ist mehr am Platze, wenn Sie sagen: Sie wollen reisen."

„Ich werde auch reisen; im vollen Ernste. Die Wahrheit ist, mein lieber Charles" (Mr. Lorry warf einen Blick auf das „Haus" im Hintergrunde und sprach mit gedämpfter Stimme) — „Sie können sich keinen Begriff machen von der Schwierigkeit, mit welcher unser Geschäft arbeitet, und von der Gefahr, in welcher unsere Papiere und Bücher drüben sind, der Himmel weiß, wie viele Leute schwer kompromittiert werden könnten, wenn einige unserer Dokumente in fremde Hände kämen oder vernichtet würden; und das kann in jedem Augenblicke geschehen, wie Sie wissen; denn wer kann sagen, daß Paris heute nicht in Brand gesteckt oder morgen nicht geplündert wird? Nun kann kaum jemand anders als ich (ohne Verlust kostbarer Zeit) eine einsichtige Auswahl unter ihnen vornehmen und sie vergraben oder sie auf andere Weise in Sicherheit bringen. Und ich soll still sitzen, wo Tellsons dies wissen und sagen — Tellsons, deren Brot ich diese sechzig Jahre gegessen habe — weil meine Gelenke ein bißchen steif geworden sind? Was, Herr? Ich bin noch ein junger Bursch im Vergleich mit einem halben Dutzend alter Knacke hier!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181029-14/fragment/page=0002

die Linden am Brandenburger Tor von einer doppelten Schutzmannskette für den Fußgängerverkehr gesperrt. Die Schutzleute waren hier außer mit ihren Dienstrevolvern noch mit scharfgeladenen Karabinern versehen. Ebenso überraschend wie diese Absperrung wirkte abends gegen 7 Uhr die polizeiliche Sperrung des Mittelweges der Straße Unter den Linden vom Pariser Platz bis zur Friedrichstraße, während der übrige Teil der Linden bis zum königlichen Schloß für den Fußgängerverkehr frei war.

Die Teilnehmerzahl an den Versammlungen wird auf 5000 bis 6000 Menschen geschätzt. Es soll auch an einigen Stellen der Stadt zu unbedeutenden „Ruhestörungen" gekommen sein, die aber von der Polizei ohne Schwierigkeit unterdrückt wurden. Es fanden im ganzen sechs Festnahmen statt."

Unter der Volksregierung.

Am Mittwoch voriger Woche wurde in Berlin eine Versammlung der Friedensgesellschaft aufgelöst. Donnerstag mißbilligte Staatssekretär Trimborn das im Reichstag und erklärte, Friedensversammlungen sollten erlaubt sein. Freitag erwiderte Unterstaatssekretär Lewald auf eine Anfrage Haases, die Behörden seien angewiesen, Versammlungsverbote nur dann eintreten zu lassen, wenn zwingende Gründe für die Sicherheit des Staates bestehe". Sonnabend erfährt, wie die W. a. M. berichtet, Herr v. Gerlach, für den die Zentralstelle Völkerrecht zum 28. Oktober eine öffentliche Versammlung angemeldet hatte, vom Polizeipräsidenten nachstehenden Bescheid:

Auf die Schreiben vom 19. und 24. d. M. erwidere ich ergebenst, daß eine öffentliche Versammlung der Zentrale Völkerrecht gemäß der Anordnung des Oberkommandos vom 9. Dezember 1914, wonach öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder diesen gleich zu erachtenden Vereinigungen verboten sind, nicht zugelassen werden kann.

Dagegen sind Bedenken gegen eine Mitgliederversammlung nicht zu erheben, zu welcher Gäste als Teilnehmer gegen Karten zugelassen werden.

Es ist danach amtlich vom Polizeipräsidium festgestellt, daß noch immer öffentliche Friedensversammlungen in Berlin verboten sind. Das genügt, um die Situation zu kennzeichnen. Bestand etwa bei der geplanten Berlachschen Friedensversammlung „dringende Gefahr für die Sicherheit des Staats"? Oder — hat die Volksregierung im Berliner Polizeipräsidium nichts zu sagen?

Aus der Provinz.

Die Unterzeichnung der Stammrolle.

Bekanntlich hat der zur Entlassung kommende Kriegsteilnehmer die Stammrolle zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung hat nur den Zweck, die Richtigkeit aller vorgebrachten Eintragungen — insbesondere von Dienstbeschädigungen, Verwundungen und Krankheiten, auch über Belieferung mit künstlichen Gebissen usw. — von den zu Entlassenden bestätigen zu lassen. Manche Kriegsteilnehmer glauben nun, daß sie sich mit der Unterzeichnung der Stammrolle aller Versorgungsansprüche begeben, soweit sie bei der Entlassung nicht etwa schon anerkannt sind. Es kommt tatsächlich nicht selten vor, daß aus solchem Grunde Mannschaften sich weigern, die Stammrolle zu unterzeichnen, wodurch dann ihre Entlassung nicht unerheblich verzögert wird.

Solche Auffassung über die Bedeutung der Anerkennung der Stammrolle ist falsch. Ein Verzicht auf Versorgungsgebührnisse kann aus der bloßen Unterzeichnung der Stammrolle nicht hergeleitet werden. Der Anspruch auf die Versorgungsgebührnisse in Grundlage des Mannschaftsversorgungsgesetzes ist öffentlichen Rechts und kann schlechterdings durch einen Verzicht überhaupt nicht gelöscht werden. Es hat auch das Kriegsministerium im September 1915 es ausdrücklich für unzulässig erklärt, eine Verzichtleistung auf gesetzlich zustehende Versorgungsgebührnisse zu fordern.

Weiter hat aber auch das Kriegsministerium unterm 5. Dezember 1916 (Armee-Verordnungsblatt 1916, S. 527) angeordnet, daß der Anerkennung der Stammrolle grundsätzlich in allen Fällen die Entscheidung über die Entlassung voranzugehen hat.

Natürlich kann ein Kriegsbeschädigter auf die Annahme von Versorgungsgebührnissen verzichten. Diesbezüglich hat das Kriegsministerium unterm 26. April 1917 ausgesprochen: Verzichtet ein Dienstbeschädigter nach Empfang des Bescheides ausdrücklich auf den Bezug der Versorgungsgebührnisse, so ist gemäß der kriegsministeriellen Verfügung vom 20. September 1916 zu verfahren, wonach zu den Bedingungen einer Versorgung gehört, daß der Berechtigte die ihm zuerkannten Rentengebührnisse annimmt. Eine Verpflichtung zur Annahme besteht aber nicht. Ist der Verzicht aus selbstlosen Gründen erfolgt, so ist die Würdigung einer solchen Handlung in entsprechender Weise im Bescheid zum Ausdruck zu bringen.

Eine Verjährung des Anspruchs auf die Versorgungsgebührnisse wegen Kriegsdienstbeschädigung kommt nach § 2 des Mannschaftsversorgungsgesetzes erst nach Ablauf von zehn Jahren nach dem Friedensschlusse in Betracht.

Merseburg. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonnabend in der Oelgrube. Der vierjährige Sohn des Arbeiters Büttner stürzte beim Spiel aus zwei Stockwerk Höhe auf den gepflasterten Hof und erlitt einen schweren Schädelbruch.

Schkeuditz. Ein Mieterverein, der sich vornehmlich die Aufgabe gestellt hat, die zur Miete wohnende Einwohnerschaft vor Uebervorteilungen durch die Hausbesitzer bei Mietesteigerungen zu schützen, wurde am Sonnabend hier gegründet. In der Rede, die Genosse Sämisch in der Versammlung hielt, wies er die Ausrede, die Hypothekenzinsen seien ganz beträchtlich gestiegen, auf Unwahrheit zurück. Die Sparkasse Schkeuditz habe hunderttausend Mark von Hypothekengeldern ausgeliehen; ihr sei es aber noch nicht in den Sinn gekommen, den Zinsfuß zu erhöhen. Die zum Teil erfolgte Erhöhung der Hypothekenzinsen aus privater Hand sei so gering, daß sie mit den Steigerungen nicht im Einklang stehe.

— Schulschluß wegen Grippe. Der zahlreichen Erkrankungen an Grippe wegen mußte der Unterricht an der hiesigen Stadtschule am Montag aufgesetzt werden. Im Gegensatz zur ursprünglichen Verfügung des Landrats beginnt der Unterricht erst am 7. November.

Dürrenberg-Keuschberg. Ueber den Frieden und die deutsche Arbeiterschaft sprach am Sonntag nachmittag im Gasthof zur Sonne in Keuschberg Redakteur Bock-Halle in einer öffentlichen Volksversammlung, deren Besuch die gewaltige Bedeutung dieser Tage und ihrem furchtbaren Ernste nicht ganz entsprach. Etwa 150 Personen waren erschienen. Der Redner legte, oft von Zustimmungsäußerungen der Zuhörer angeregt, die Ursachen dieser ungeheuerlichen Weltkatastrophe und die des militärisch-politischen Zusammenbruchs Deutschlands eingehend dar und führte den schlüssigen Beweis, daß nur der Völkerbund des internationalen Sozialismus die Völker aus ihrem Elend zu befreien und dem dauernden Frieden und einer schönen, menschenwürdigen Zukunft entgegenzuführen vermöge. — Da bei der vorgeschrittenen Zeit eine Aussprache nicht mehr ersprießlich erschien, wurde die Versammlung geschlossen mit der einstimmigen Annahme der folgenden Entschließung: „Die Versammelten fordern den sofortigen Abschluß des Friedens nach den Grundsätzen des internationalen Sozialismus. Der Opfer sind vom Volke genug gebracht worden. Sie fordern weiter freiheitliche Maßnahmen im Innern, völlige Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung aller seiner Opfer. Die Versammlung spricht der unabhängigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihr Vertrauen aus und erwartet von ihr weiteres unentwegtes, zielklares Wirken für den Frieden der Völkerverständigung, Völkerverbrüderung und den internationalen Sozialismus."

Eisleben. Vom Ernährungsausschuß sind noch einige wichtige Punkte nachzutragen. In einem an den Vorsitzenden gerichteten Schreiben hatte eine Hausfrau angeregt, den Fleischverkauf außer Sonnabends auch Mittwochs wieder einzurichten. Die Butter sei zumeist schon am Dienstag verbraucht und es fehle an den übrigen Wochentagen an Brotaufstrich für den Mann, der körperlich angestrengt arbeiten müsse. Kunsthonig oder Marmelade genüge wohl für Frauen und Kinder, nicht aber für den Arbeiter. Die städtische Fleischerei, der die Eingabe zur Kenntnis vorgelegen hatte, hielt einen zweimaligen Fleischverkauf in der Woche für nicht empfehlenswert, weil dadurch bei den Fleischereien zu große Abfallverluste entständen; vielleicht könne man aber dem Wunsche Rechnung tragen, indem Mittwochs Wurst und Sonnabends Fleisch verkauft würde. Der Ausschuß beschloß nach kurzer Aussprache, dem Magistrat zu empfehlen, künftig Mittwochs Wurst und Sonnabends Fleisch und Wurst verkaufen zu lassen. Die städtische Milchversorgung leidet neuerdings wieder am Rückgang der Erzeugung. Deshalb ist nötig, die Pflichtmengen der Kuhhalter zu erhöhen, was zumächst durch mündliche Verhandlungen angestrebt werden solle. Die Magermilch wird zurzeit so sehr in Anspruch genommen, daß die zur Verfügung stehende Menge nicht ausreicht. Namentlich die Zahl der Lezugsberechtigten Hüttenarbeiter hat sich so stark (von 12 auf 90) vermehrt, daß nicht alle die bisherige Menge (ein Liter täglich) werden erhalten können. Einer Anzahl von ihnen muß deshalb die Hälfte gekürzt werden. Es sollen deshalb künftig nur noch die in der Gicht Arbeitenden ein ganzes Liter, die übrigen ein halbes Liter erhalten.

— Für den Kleinverkauf von Kohlen jeder Art gegen Kohlenmarken werden demnächst Kundenlisten eingeführt. Für den Kleinverkauf kommen folgende Händler in Frage: Fischer, Freistraße 38, Gerhardt, Petristraße 14, Kolbe, Kammtorstraße, Wachsmuth, Zeifingstraße, Bischoff, Freistraße, Göbecke, Sangerhäuser Straße, Ehrhardt, Kasseler Straße 7, Leiserling, Grabenstraße, Germer, Bretterweg, Hagemann, Bahnhof, Appenrodt, Kreisfelder Gasse, Fuhrmann, Anstaltstraße 34. Jede Haushaltung, welche in kleineren Mengen die Kohlen holen muß, hat sich daher bei einem der Händler zur Kundenliste anzumelden. Die Kundenlisten zur Eintragung liegen in der Markenausgabestelle des Wirtschaftsamts aus Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, und zwar für Buchstaben A bis K von 9 bis 1 Uhr, L bis R 3 bis 6 Uhr. Lebensmittelausweis und Kohlenkarte sind vorzulegen.

— Kohl abholen! Eine ganze Reihe von Haushaltungen, die Bedarf an Weißkohl gemeldet haben, haben trotz mehrmaliger Aufforderung den Kohl noch nicht abgeholt. Wir ersuchen alle diese um unverzügliche Abnahme, da später eine Berücksichtigung der Anträge nicht mehr erfolgen kann. Auch an andere Haushaltungen kann noch Weiß- und Wirsingkohl in kleineren und größeren Posten abgegeben werden. Der Verkauf findet vor dem Rathause und in Schiefers Scheune, Freistraße 26, statt.

Schraplau. Ueber Milchknappheit hat unsere Stadt zu klagen. Der Milchhändler Koch aus Stedten hat seit geraumer Zeit wegen mangelhafter Belieferung von Milch seitens der Erzeuger auch seine Milchlieferung an die Einwohner für Schraplau bald einstellen müssen. Dieser Umstand wirkt in der Erziehung von Säuglingen und Genesung von Kranken äußerst hindernd und bedarf dringender Abhilfe.

Sangerhausen. Schulpause. Infolge der Grippe-Erkrankungen unter den Lehrern und Kindern sind die Mittelschulen auf einige Zeit geschlossen worden.

Bitterfeld. Städtischer Gemüseverkauf. Im Rathaushofe stehen Zwiebeln, Weißkohl, Möhren und Futterrüben zum Verkauf.

Eilenburg. Wo bleibt der Zwirn? Schon seit mehr als einem halben Jahr ist die hiesige Einwohnerschaft im Besitz von Zwirnkarten, ohne daß bis heute auch nur das geringste Quantum dieses für jeden Haushalt unerläßlich notwendigen Bedarfsartikels zur Verteilung gekommen wäre. Wie schlimm die sich daraus ergebenden Zustände für viele Familien geworden sind, dürfte den zuständigen Stellen wohl das entschiedene Drängen unzähliger vereinzelter Reflektanten zur Genüge bewiesen haben. Immer sind diese Nachfrager damit vertröstet worden, daß es die städtische Verwaltung ihrerseits an energischen Bemühungen in dieser Angelegenheit nicht habe fehlen lassen, daß der Zwirn bestimmt in allernächster Zeit eintreffen müsse und sofort zur Verteilung gelangen wird. Auf Grund dieser Versicherungen hat man an ein Verschulden unserer städtischen Verwaltung an dieser Notlage zu glauben keine Berechtigung gehabt. Neuerdings hat man sich jedoch zu dem Eingeständnis bequemen müssen, daß mit dem Kriegswirtschaftsamt des Kreises Delitzsch Abmachungen getroffen worden sind, die, gelinde gesprochen, als kurzsichtig und fahrlässig bezeichnet werden müssen. Diese Abmachungen gingen dahin, daß, um dem einzelnen Haushalt ein größeres Quantum Nähfaden zukommen lassen zu können, bei der ersten Verteilung die westliche Hälfte des Kreises allein berücksichtigt werden sollte, um dann bei der zweiten Verteilung die östliche Hälfte mit einer gleich hohen Menge befriedigen zu können. Das Fatalste in dieser Angelegenheit ist aber, daß unsere städtische Verwaltung das Kreiswirtschaftsamt zur Innehaltung der getroffenen Abmachungen zu nötigen nicht einmal in der Lage zu sein scheint, denn wie wir aus Veröffentlichungen und Bekanntmachungen ersehen, gelangt für Delitzsch und Umgebung abermals Zwirn, Stopf- und Strickgarn zur Verteilung. Wo bleibt da die Befriedigung der hiesigen Einwohnerschaft? Tut es doch für viele Familien bitter not, Zwirn zu erhalten; denn unzählige Mütter wissen wirklich nicht mehr, wie und womit sie dringend abgebrauchte Kleidungsstücke gebrauchsfähig erhalten sollen. In Anbetracht der anbrechenden Winterwitterung ist aber schnelle und ausreichende Hilfe dringend erforderlich.

Wittenberg. Beschlagnahmtes Fleisch. In der Nacht zum Sonntag wurde unweit des zwischen Bratau und Seeherbna belegenen Vorwerks Hohenroda von einem Sicherheitsbeamten ein verdächtiges Fuhrwerk angehalten. Beim Untersuchen der Ladung stellte sich laut W. T. heraus, daß auf dem Wagen etwa drei Zentner Rindfleisch und ein Zentner Schweinefleisch verladen waren. Das Fleisch sollte nach Angaben des Geschirrführers, eines Fuhrmanns aus der Dessauer Straße, von Gohrau in Anhalt stammen und nach hier geschmuggelt werden. Die Ladung wurde beschlagnahmt und dürfte jedenfalls auch bald festgestellt werden, ob das Fleisch von einem Diebstahl herrührt oder nicht.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Halleſche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Merseburg.

Freitag, den 1. Novbr., abends 8 Uhr, im „Tivoli", Bahnhofstraße:

Große öffentliche

Volks-Versammlung

Redakteur Genosse **Kilian**, Halle, spricht über:

Der Friede u. die deutschen Arbeiter

— Freie Aussprache. —

Um zahlreichen Besuch bittet *1493

Der Einberufer.

Die kluge Hausfrau
benutzt nur noch Schmitz-Bonn's
Wasch- u. Bleichhülfe
Vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503 endgültig genehmigt.
Wasch- und Bleichhülfe gibt in Verbindung mit K. A. Seifenpulver blütenweisse Wäsche, ohne sie im geringsten anzugreifen.
In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten:
Schmitz-Bonn Söhne
chem. Fabrik, Düsseldorf-Reisholz.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Kunsthonig** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Mittwoch den 30. Okt. 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt für lose Ware 73 Pfennig und für Paketware 75 Pfennig für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Kunsthonig einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 236 des Warenbezugsscheines 18 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule
am Mittwoch den 30. Oktober 1918. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 4001—5500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für die Person eines Haushalts wird ein Ei zum Preise von 42 Pf. abgegeben. Da die Eier konserviert sind (Kühlhauseier), eignen sie sich nicht zum Kochen in der Schale.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld, vor allem Kupfergeld, ist bereitzuhalten.

Umtausch der Eier innerhalb drei Tagen.

Halle, den 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

35 Gramm Butter.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die Verteilung der Butter in der Woche vom 28. Oktober bis 3. November 1918 (44. Woche) wie folgt geregelt:

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 35 Gramm Butter. Die abzugebende Menge richtet sich nach der Zahl der auf der Fettkarte verzeichneten Haushaltsangehörigen.

Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, d. 31. Oktbr. bis Sonnabend, den 2. November 1918 auf Grund des Abschnittes 44 der Fettkarte. Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 4. Novbr. 1918, abzuliefern.

Militärurlauber erhalten Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt in der Talamtschule.

Halle, den 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Anmeldung zur Stammrolle.

Alle unausgebildeten Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1870 bis einschließlich 1900, die ihren Wohnsitz im Saalkreise haben und die Entscheidung

a) dauernd kriegsunbrauchbar,

b) zeitig kriegsunbrauchbar

erhielten, haben sich erneut bis zum 2. November d. J. in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags unter Vorlegung der Militärausweise im Geschäftszimmer des Unterzeichneten in Halle a. d. S., Luisenstraße 7, 1 Treppe zur Landsturmrolle anzumelden. Die Anmeldung kann auch schriftlich unter Einsendung der Militärpapiere erfolgen.

Zur Anmeldung verpflichtet sind alle D. U.-Leute, also auch diejenigen, welche bisher von den D. U.-Musterungen, z. B. wegen bestimmter Fehler und Gebrechen 2c. befreit waren. Nur diejenigen Leute, welche kriegsbrauchbar (das heißt: k. v., g. v. oder a. v.) sind, melden sich nicht zur Stammrolle, ebenso auch nicht die Kriegsrentenempfänger aus dem gegenwärtigen Feldzuge.

Die ausgebildeten Mannschaften — die vor dem Kriege ein Jahr und länger (als Einjährig-Freiwillige mindestens 9 Monate) gedient haben — sowie die kriegsunbrauchbaren Ersatz-Reservisten und die Landsturmpflichtigen, welche während des Krieges schon eingezogen waren, haben sich umgehend bis spätestens 31. Oktober 1918 beim Bezirkskommando Halle, Dessauerstraße 69, in der Zeit von 9—1 Uhr vorm. unter Vorlegung ihrer Militärpapiere anzumelden.

Kriegsrentenempfänger aus dem gegenwärtigen Feldzuge kommen für die Anmeldung nicht in Frage.

Die Anmeldung kann auch schriftlich unter Einsendung der Militärpapiere erfolgen.

Unterlassung der Anmeldung wird nach den Militärstrafgesetzen bestraft.

Halle, den 25. Oktober 1918.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Aushebungsbezirks Saalkreis.
von Krosigk, Kgl. Landrat.

Städtischer Verkauf von Käse
in der Talamtschule am Mittwoch, den 30. Oktober 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 12001 bis 13500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 13501—16000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Dauer-Wäsche
kann sich jeder herstellen mit
„Dauwa"
Flasche 2 Mark. 2472
Hosenträger
von Mk. 1,35 bis 8.50.
E. Kertzscher,
Leipzigerstr. (Ecke Poststr.) und Gr. Ulrichstr. 63.

Verlangen
überall
Sie Ihr gutes
Scheffelbrot.
2235

Der beste Ersatz für
Kautabak
sind meine Kau-Stückchen
1000 Rollen 850 M., Propepostkolli 100 Rollen 40 Mark.
Kaustangen
Im Geschmack vorzüglich.
1000 Stangen 850 Mk., Probepostkolli 90 M. Nachnahme.
Nur an Wiederverkäufer. 1491
Hugo Schroeder, Stettin 124.

Die Sünden des Bolschewismus.
Von einem Russlandmann.
Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle, Harz 42-44.

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich 7½ Uhr: 2496

Schwarzwaldmädel.

Kasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Volkspark

Burgstrasse 27.

Morgen, Mittwoch, 30. Oktober, nachm.

:: Verwundeten-Frei-Konzert ::

2492 Die Geschäftsleitung.

Schmeerstrasse 5.

P.T

Ab Dienstag:

Alwin Neuss

in seinem wunderb. Schauspiel:

Der Volontär. 4 Akte.

Hierauf: 2491

Harry wird Familienvater.

Lustspiel, 2 Akte. usw. usw.

Anfang 4 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 30. d. M. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nr. 9251 bis 9325, um 9 Uhr Nr. 9326 bis 9400.

Halle, den 28. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Vorlage des Kuhkatasters.

Die Kuhhalter der hiesigen Stadt werden hiermit aufgefordert, das von ihnen zu führende Rindviehkataster über die Anzahl der bei ihnen vorhandenen Milchkühe, Spannkühe, männlichen Zugtiere und Kälber binnen 3 Tagen dem Stadternährungsamt, Markt 22, Zimmer 35, vorzulegen.

Halle, den 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachung vom 12. April und 24. Mai dss. Js. betr. die **Kohlenversorgung** für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919, wird folgendes bestimmt:

1. Während des Monats November gelten beim Einkaufe kleiner Kohlenmengen von der roten Kohlenkarte die Nummern 5—10 als vorzugsberechtigt. Die Händler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummern einen halben Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben. Bei genügendem Kohlenvorrat kann gleichzeitig auf mehrere der genannten Nummern Kohle abgegeben werden. Eine Verpflichtung der Händler besteht hierzu nicht.

2. Die Verbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Händler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Kohle auf die noch nicht aufgerufenen Nummern ist verboten.

3. Auf die für den Einkauf des Sommerbedarfs ausgegebenen blauen Kohlenkarten darf vom 1. November dss. Jahres ab bis auf weiteres keine Kohle abgegeben werden. Die Karten verbleiben in den Händen der Verbraucher oder der Händler. Ob und wann darauf wieder Kohle geliefert werden darf, wird später bekanntgegeben.

4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die in der vorhergehenden Woche belieferten Marken gleichzeitig mit der üblichen Wochenmeldung an die Ortskohlenstelle abzugeben.

5. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 12. April und 24. Mai d. J. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M.)

Halle, 29. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Beschränkung des Frachtstückgutverkehrs.

Frachtstückgutsperre vom **30. Oktober bis einschließlich 1. November.** Dringende Lebensmittel als Eilstückgut aufliefern.

Halle (Saale), den 28. Oktober 1918.

*1490 **Königliches Eisenbahnverkehrsamt.**

Bau- u. Möbel-Tischler 2490

stellt ein

Hermann Meise, Triftstraße.

200 Bahnarbeiter und -Arbeiterinnen

für Rangierbahnhof Halle sofort gesucht. Zu melden: Baubureau Schulstr. 7.

Wilhelm Haeyn, G. m. b. H.

Älteren zuverlässigen

Geschirrführer

*1485 stellt ein

Hilmar Kaufmann, Spediteur, Magdeburgerstr. 67.

Schmücken Sie Ihren Hut mit echten Straussfedern

Tadellos lohnend begutachtet

Viele Anerkennungen hoher Herrschaften

„Brunhilde".

Der reln. einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*1132

Ich liefere unter Nachnahme in schwarz und weiss.

Länge ca. 46 cm, Breite ca. 13 cm, zu 3.25
" " 39 " " " 15 " " 4.50
" " 46 " " " 17 " " 8.00

Zurücknahme nach 8tägiger Probe!

Pracht-Katalog. Grösste Auswahl in Straussfedern, Strauss.-Kränze, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst.

Ernst Lange, Strauss-federn-Spezialhaus, Arnold-Düsseldorf, str. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt ab Lager!

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung **versorgt?**

Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.

Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Apollo-Theater

Gastspiel Kurt Olfers Operettengesellschaft

½8! Nur noch 3 Aufführungen ½8!

des Operettenschlagers:

Eine Frau wie Du!

Operette in 3 Akten von Dr. Decker und E. Schoch

Musik von Hermann Krome. 2495

Am Dirigentenpult: Der Komponist.

In den Hauptrollen: **Meta Heim** und **Hans Forstner.**

Vorverkauf 9—1 u. 5—½7. Sonntags ununterbrochen.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg

Stadttheater.

Mittwoch, d. 30. Oktbr. 1918: Anfg. 7½ Uhr. Enden. 10½ Uhr.

Familie Schimek.

Schwank von Kadelburg. 2489

Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.

Städtisches Solbad Wittekind.

Die Badeanstalt bleibt vom 1. November ab während der Wintermonate *1492 geschlossen.

Bio

Gr. Ulrichstrasse 57.

Ab heute:

Besiegte Herzen.

Ein zu Herzen gehendes Drama in 4 Akten mit

Sybill Smolowa

in der Hauptrolle.

Lustige Brüder

Harrison und Barrison.

Die lustige Geschichte einer schiefen Gründung in 4 Akten.

2493

Lichtspiele

Alte Promenade 11a.

Fernruf 5738.

Voranzeige! Voranzeige!

Alleiniges Aufführungsrecht!

Ab Freitag, den 1. November 1918:

Ein gigantisches elementares Kunstwerk

Der Kolossalfilm mit **Bernd Aldor**

Der Weltspiegel

2497 **Drama von Lupu Pick.**

6 Akte voll sich stets steigender Spannung. Das ernst und gewissenhaft geschaffene Werk gehört mit zu den Grosstaten der neuzeitlichen Kinokunst. Der Film wird überall den grössten Beifall finden.

Der Film, den Jeder sehen muss.

— Sensationeller Erfolg in Berlin, Leipzig und Dresden. —

Böhlert's Roßschlächterei.

Glauchaerstraße 75. 2491

Mittwoch vormittag: Nr. 3601 bis 3800.

Kaninchenfelle

2139 **für Heereszwecke**

sowie alle anderen Felle und Roßhaare **kauft** zu höchsten Tagespreisen.

Paul Günther, Taubenst. 3, Hof. Tel. 6176.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Poliere und Maurer

f. Schornsteinbau und Kessel-Einmauerungen sofort gesucht.

Georg Richter, Chemnitz Kaiserstr. 40. *1319

Möbel-Transporte

sowie **Spediionsfahren** führt sachgemäß aus 2140

Albert Ackermann, Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Futterrüben 2497

gibt ab von 2—5 Uhr nachm. **Philipp,** Königstr. 23.

Ohne Zucker.

Rezepte zum Einmachen v. Früchten ohne Einkoch-Apparat u. ohne Zucker, sowie die **besten Rezepte z. Einkochen von Gemüse.**

Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Vereins-Anzeiger

4. Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor

Mittwoch

pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark:

Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Freitag um 8½ Uhr im Volkspark:

Singestunde.

Turnverein Fichte

Turnstund.: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtstr. Männer-Abteilung: Dienstag u. Freitag, abds. 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.

Touristen-Ver. „Naturfreunde". Mittwoch den 30. Oktbr.: Treffen, abends 8 Uhr, auf dem Markt.

Sonntag den 3. Novbr.: Besichtigung des Botanischen Gartens, vorm. ½10 Uhr daselbst. Zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle. Jeden Donnerstag, abends ½9—½11 Uhr, im „Markgraf", Brüderstr.: Uebungsstunden für die Spielklassen I, II und III.

Jeden Dienstag im „Markgraf", Brüderstraße: Teilübungsstunden f. Spielkl. II und III.

Praktischer Wegweiser empfehlenswr. Einkaufsquellen

Bitterfeld

R. Richter, Kaiserstr. Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstätte.

A. Röbel Innere Bismarckstr. 40 Kolonialwaren

Oswald Sucker, Kaiserstr. 8 Schleifzeug, Solinger Stahlwaren

C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 86.

Delitzsch

E. Pratter, Korbwarenfabrik

R. Wessler Korbwaren

Hettstedt

S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren

Merseburg Ritterstr. 8, Moschatbor, Optiker

Th. Ebert

Torgau

Kolonial- und Eisenwaren Farben und Schmieröle kauft man sehr billig bei

Herm. Leibelt.

Tabakbau.

Preis 40 Pf. Porto 5 Pf. Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Sozialdem. Verein für Halle-Saalkreis. (U. S. P. D.)

Nachruf.

Den Genossen die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter 2498

Albert Schmidt

(Distrikt Ammendorf) nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Verbd. d. Fabrikarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschl. Zahlstelle Halle (Saale).

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied, der Gürtler 2498

Albert Lieding,

am Sonntag, den 26. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmitt. 4 Uhr auf dem Gertraudenfriedhofe statt. 2498

Um rege Beteiligung ersucht **D. Ob.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 29-14/fragment/page=0004

Die Verfassungsänderungen angenommen.

Deutscher Reichstag.

97. Sitzung. Sonnabend, den 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Artikels 11 der Verfassung,

wonach zur Kriegserklärung, zu Friedensverträgen und zu Verträgen über Gegenstände der Reichsgesetzgebung die Zustimmung des Bundesrats und Reichstages erforderlich ist.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien vor, wonach der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedarf, und ferner für alle Handlungen des Kaisers von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse vornimmt, die Verantwortung trägt. Weiter wird bestimmt, daß die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Armee und Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers erfolgt. Entsprechende Bestimmungen sollen auch für die Kontingente gelten, wo die Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents notwendig ist.

Abg. Graf Westarp (Kons.) (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde widersprechen der Beratung des Abänderungsantrages im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen. Abänderungsanträge sind bei der dritten Lesung zwar zulässig, hier handelt es sich aber nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um den Vorschlag eines neuen Gesetzes. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betreffen andere Materien als der Artikel 11.

Präsident Fehrenbach: In früheren Fällen ist die Frage der Zulässigkeit von Anträgen bei der dritten Lesung, d. h. also ob die gestellten Anträge in wesentlicher Verbindung mit der Hauptfrage stehen, stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden.

Abg. Groeber (Ztr.): Als die bekannte Lex-Heintze vorgelegt wurde, wurden auch in der dritten Lesung zahlreiche Anträge zur Abänderung von anderen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gestellt und niemand erhob Einspruch dagegen. Bei einer Vorlage, welche die Verfassung ändern will, sind wir also formal im Recht, wenn wir auch andere Artikel der Verfassung abändern. Sachlich ist noch zu bemerken, daß die Materie weder für den Reichstag noch für die Oeffentlichkeit neu ist, sie ist schon vor 1½ Jahren im Verfassungsausschuß eingehend beraten worden.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Bei dem vom Abg. Groeber angeführten Fall hat eben niemand widersprochen. Hier aber widersprechen wir und würden einen Mehrheitsbeschluß als einen Bruch der Geschäftsordnung auffassen.

Abg. Ebert (Soz.): Bei Meinungsverschiedenheiten ist stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden und so muß auch heute entschieden werden. In der Sache selbst schließe ich mich vollkommen dem Abg. Groeber an.

Abg. Haase (U. Soz.): Nach dem Wortlaut der Ueberschrift des Gesetzentwurfes Abänderung der Art. 11 der Verfassung hat Graf Westarp recht. Wenn man aber bedenkt, daß es sich von vornherein nach der Absicht der Vorlage um Abänderungen der Verfassung überhaupt handelte, haben die Herren von der Mehrheit recht. Meine Fraktion will deshalb keinen Widerspruch gegen die Zulässigkeit der Verhandlung der Abänderungsanträge erheben.

Abg. Ebert (Soz.): Meine Freunde sind niemals der Auffassung gewesen, daß der Titel eines Gesetzes entscheidend ist für die Umgrenzung der in dem Gesetz behandelten Materie. Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Gegen die Stimmen der Rechten wird die Zulässigkeit der Abänderungsanträge beschlossen.

Abg. Müller-Meiningen (Vpt.): Die Behauptung, daß unsere Anträge vom Ausland diktiert seien, kann nur Unwissenheit aufstellen. All die Anträge haben schon den Verfassungsausschuß beschäftigt. Für die rein platonische, moralische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers soll hier die staatsrechtliche juristische Verantwortlichkeit festgestellt werden. Durch Errichtung eines Reichskriegsamts soll der willkürlichen Kabinettsherrschaft ein Ende gemacht werden. Alle Bevorzugung einzelner Kasten fallen damit in Zukunft, wie wir hoffen, fort. (Bravo!)

Abg. List (Natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Anträgen.

Ein Abänderungsantrag Albrecht (U. Soz.) kann nicht mit zur Debatte gestellt werden, da er nicht die notwendigen Unterschriften hat.

Abg. v. Gräfe (Kons.): Herr v. Payer hat kürzlich gesagt, für staatsrechtliche Experimente sei im fünften Kriegsjahre kein Platz. Um so weniger berechtigt ist die Eile, mit der hier diese Anträge behandelt werden sollen. Die Anträge haben die weitestgehenden Konsequenzen. Schon erwägt man eine Aenderung des Kahnenoides, eine Unterstellung des Großen Generalstabes unter den Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) Das wäre allerdings die logische Konsequenz dieser Anträge, daher können sie nicht in dieser Eile erledigt werden. Das monarchische Gefühl werden Sie dem deutschen Volk nicht aus dem Herzen reißen. Die Art, wie Abg. Cohn seinerzeit gesprochen hat, wird auch in sozialdemokratischen Kreisen die Mauern der verstärken, die sich vor die Person des Kaisers stellen. Wie die Beantwortung der Wilson-Note hier abgeschnitten wurde, bevor die Sache erledigt ist, erweckt den Anschein, daß Sie vor weiterer Verhandlung mit Wilson ihm erst den Hafer hinwerfen wollen, daß Sie die Krone absolut ohnmächtig gemacht haben. Von der äußersten Linken begreifen wir das, die andern aber werden diesen Schritt noch bitter bereuen. (Lebh. Beifall rechts.)

Staatssekretär Groeber: Wenn die Anträge Annahme finden, wird die Reichsleitung im Bundesrat für sie eintreten. (Bravo! b. d. Mehrheit.) Zunächst handelt es sich um die

Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

Gerade dieser Krieg beweist, daß ein einzelner, und mag er noch so hervorragend und gewissenhaft sein, die Verantwortung für einen Krieg nicht tragen kann, sie muß vom ganzen Volke getragen werden. Heute kann ein Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Daß der Reichskanzler des Vertrauens des Reichstages bedarf, ist lediglich die Formulierung seiner eigenen Erklärung, daß er zur Führung seines Amtes des Vertrauens der Mehrheit sicher sein muß. Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf alle Handlungen des Kaisers entspricht heute schon einer richtigen Auslegung. So ist z. B. die

Entsendung von Truppen nach Finnland

nicht nur von militärischer, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Das gleiche gilt für die Behandlung der besetzten Gebiete und ihrer Bevölkerung. Dem Reichstage gegenüber muß dafür eine verantwortliche Stelle vorhanden sein.

Vizepräsident Dove teilt mit, daß

die Anträge Albrecht

jetzt die genügende Zahl von Unterschriften gefunden haben, also mit zur Debatte stehen.

Die Anträge wollen den Bundesrat bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ganz ausschalten, außerdem in jedem Bundesstaat das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen im Alter von über 20 Jahren einführen, die 5jährigen Legislaturperioden durch einjährige ersetzen, und verlangen vom Reichskanzler alljährliche schriftliche Berichte.

Abg. Landsberg (Soz.): **Die Anträge Albrecht enthalten durchaus beachtenswerte Anregungen.**

Man wird sich über sie im einzelnen unterhalten müssen und deshalb beantrage ich, sie dem Verfassungsausschuß zu überweisen. — In unsern Anträgen kommt der neue Grundsatz zur Geltung, daß die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten durch die Vermittlung des Reichstages in die Hände des Volkes gelegt wird. Durch unsere Verfassungsänderungen erklären wir: Wir verlegen den Staat in das Volk. Die Deutsche Tageszeitung schreibt, sie könne sich noch immer nicht denken, daß die Hohenzollern und die Regierung zustimmen werden und die Kreise, denen

Treue zu Kaiser, Reich und Hindenburg

nicht leere Worte sind, dadurch zum äußersten treiben werden. **Man will sich also verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetzen gewaltsam widersetzen. Die Armee wird gegen die Regierung ausgespielt,** und das Echo hörten wir hier, als Herr v. Gräfe aussief: **Die Armee wird sich diese Aenderung der Verfassung nicht gefallen lassen!** Das ist eine unerhörte, eine ruchlose Aeußerung. (Lebh. Sehr richtig!) Hat ein Mann, der das sagt, auch nur das geringste Verständnis für die Lage unseres Volkes, und wenn er es hat, wie ist das Gewissen dieses Mannes beschaffen? Die Armee soll die Freiheit des Volkes schützen, nicht aber vernichten. Diejenigen, die mit dem Gedanken des Appells an die Gewalt spielen, **spielen Pabanque.** Keiner von uns will einen Frieden ohne Schmach, einen Frieden der nationalen Zerstückelung. Nicht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekt der Friedensverhandlung. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn

im Inlande der Bürgerkrieg tobt.

(Sehr wahr!) Hier ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und die Kraft haben wird, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu bahnen. Niemand darf diese Mehrheit an der Arbeit hindern, und niemand wird sie hindern können. Einer Volksmehrheit, die unterdrückt ist, bestreite ich nicht

das Recht auf Revolution.

Niemals aber hat eine Minderheit das Recht der bewaffneten Erhebung zur Verhängung der Diktatur, und am wenigsten dann, wenn ihre eine erfolgreiche Mitarbeit am Bau des Volkes möglich ist. (Lebh. Beifall.)

Abg. Bernstein (Unabh. Soz.):

Herr v. Gräfe hat geschlossen mit einem

Aufruf an die Krone zu einem Staatsstreich.

Das muß aufs schärfste verurteilt werden. Die Anträge, gegen die er sich so heftig gewendet hat, sind dabei nur etwas Halbes. Denn das Zusichen des Bundesrats zu Entscheidungen über Krieg und Frieden und zu Verträgen ist überflüssig und

entzieht die Entscheidung dem Volke.

Wir unterstützen selbstverständlich den föderativen Charakter, aber die Zeit ist nicht da, für einen Luxusartikel mit der verschiedenen Regierungen und Verwaltungen. Es fragt sich, was entscheidend sein soll, das alte historische Recht oder das heute

lebendige Recht der Völker.

Die Völker müssen zu einer ganz neuen Denkweise in der Frage der Beziehungen zueinander erzogen werden. — Durch die Anträge über die Kommandogewalt wird wenig an den bestehenden Zuständen geändert. Der Kaiser behält schließlich doch das Heft in der Hand, er kann in die Armee einen Geist hineinbringen, der für die Demokratie außerordentlich gefährlich ist. Die Neuerungen des Kaisers beweisen daß seine Tendenz dahin geht, aus der Armee einen Sonderkörper zu machen. Die Früchte dieses Geistes, der in der Armee auch in den Reserveoffizieren großgezogen ist, erleben wir ja jetzt. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Durch die Gegenzeichnung der Kriegsminister wird an diesen Zuständen wenig geändert. Wir werden nicht gegen den Antrag stimmen, aber wir täuschen uns nicht über seine Tragweite. Die Ueberweisung unseres Antrags an den Verfassungsausschuß scheint

ein Begräbnis dieser Anträge

bedeuten zu sollen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wir beantragen u. a. die Beseitigung des Rechts der Krone, den Reichstag aufzulösen. Der Reichstag soll doch jetzt die oberste Instanz sein. **Wir fordern weiter das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen in allen Bundesstaaten.** Dafür lassen alle stimmen, denen es mit der Demokratisierung Deutschlands ernst ist. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wilson lehnt es ab, mit denen zu verhandeln, die jetzt an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Dem müssen wir entgegenkommen, wenn wir überhaupt einen Frieden haben wollen. Es gibt keine verbrecherischere Handlung, als das Volk darüber zu täuschen, was jetzt auf dem Spiele steht, wenn der Krieg noch weitergeht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Regierung und kein Politiker darf eine solche

Pabanque-Politik treiben.

Wenn jetzt die Kommandierenden Generale aufgerufen werden, so protestieren wir auf das schärfste dagegen.

Wenn diese Agitation weitergeht, so werden wir die Volksmassen dagegen aufrufen.

(Lebh. Zustimmung b. d. U. Soz.) **Zu den Persönlichkeiten, die sich heute wieder in den Vordergrund drängen, gehört auch General Keim. Er ist einer derjenigen, die mitgearbeitet haben an der Herbeiführung der Situation, die diesen Krieg zur Folge gehabt hat.** (Sehr wahr! links.) **Dieser General Keim bezieht seit Anfang dieses Jahrhunderts von einer unserer ersten Rüstungsfirmen ein ständiges Gehalt.** (Stürmisches Hört, hört! links.) **Ich stelle das hier fest, um der Agitation dieses Herrn ein Ende zu machen. Und General Keim ist nicht der einzige und nicht der einzige General, der von dieser Firma ein Gehalt bezieht.** (Hört, hört!) **Sollte die Agitation dieser Leute Erfolg haben, dann fällt auf sie die ganze Verantwortung für alles, was dann kommt.** (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Kriegsminister v. Scheüch: Ich kann in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Groeber nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge, in der Form, die sie gefunden haben und in ihrem Inhalt nichts mehr finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Im besonderen **wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizieren durch die Anträge nicht berührt.** (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die deutsche Mannestreue wird auch in Zukunft unerschüttert bestehen als eine der sichersten Stützen unseres Heerwesens.

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge Albrecht (U. Soz.) werden gegen die Stimmen der U. Soz.) und der Konservativen dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Die Verfassungsänderungen werden nach den Anträgen der Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der Präsident wird ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Glückwünsche aus Schweden.

Sozialdemokraten und Regierungssozialisten.

Dem Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokraten ist folgendes Telegramm zugegangen:

Der sozialdemokratische Parteivorstand Schwedens, der die ganze deutsche Demokratie beglückwünschen will zur Entwicklung der Ereignisse der inneren Front, die vor die Welt mit dem offiziellen Aufgeben der alten Machtpolitik und statt dessen mit der Huldigung vor den Grundsätzen des Rechts getreten ist, hat das Bedürfnis in diesen Tagen seine Dankbarkeit besonders allen denen zu bezeugen, die unter den schwierigsten Verhältnissen in Deutschland unerschütterlich zur alten Rechtsanschauung der Internationale gegenüber allen Versuchen zu chauvinistischen Verirrungen gestanden haben. Inmitten des Rausches der Siegesfreude hat Ihre Partei das Recht aller Völker zur völligen Selbstbestimmung mutig verteidigt, ihre Haltung setzt die glorreichen Traditionen von Wilhelm Liebknecht und August Bebel von 1871 fort und gibt zur selben Zeit eine kräftige Stütze dafür, daß bei der jetzt bald bevorstehenden Weltfriedensarbeit die Grundsätze der Internationale, die in diesen Fragen wesentlich mit denen des Präsidenten Wilson zusammenfallen, nicht einseitig, sondern in jeder Richtung gerecht angewandt werden. Zum erstenmal wird dadurch ein Bund des Rechts und des Friedens von den freien demokratischen Völkern gegründet werden können, in welchem ein neues, durchaus demokratisches Deutschland seinen selbstverständlichen hervorragenden Platz im Dienste des Ganzen einnehmen wird.

Für den sozialdemokratischen Parteivorstand Schwedens:
Branting, Vorsitzender. Möller, Parteisekretär.

Auch der Parteivorstand der Regierungssozialisten hat ein Telegramm aus Schweden bekommen; es hat nach dem Vorwärts den folgenden Wortlaut:

Der gesicherte Sieg der demokratischen Kraft Deutschlands wurde schon vor dem Kriege von den Vorkämpfern der Internationale als unumgängliche Bedingung eines dauernden Weltfriedens betrachtet, und in dieser Richtung wirkte auch Jahrzehnte lang die alte einige deutsche Sozialdemokratie, leider ohne durchschlagenden Erfolg.

Die Entwicklung der Ereignisse hat jetzt den Teil der Partei, der es als möglich und als seine Pflicht erachtet hat, mit den Regierungen, die den Kriegsgeführt haben, zusammenzuwirken, als vorwärtstreibende Kraft der jetzt endlich unumgänglichen Demokratisierung, die in der neuen Regierungsbildung zum Ausdruck kommt, vorgeführt.

Im Ersuchen an den Präsidenten Wilson wie in der eben gegebenen weiter klarlegenden Antwort sieht der schwedische Parteivorstand ein neues Zeugnis des unerschütterlichen Willens der ganzen deutschen Arbeiterklasse, jetzt möglichst schnell jedes Hindernis eines gerechten Friedens zu brechen und eine wirklich tiefgehende Demokratisierung zu sichern.

Wir senden unsere Glückwünsche zu den gewaltigen Verschiebungen der realen Macht, die die Ereignisse der letzten Wochen zu bezeugen scheinen und geben unserer Hoffnung Ausdruck, es möchten ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken alle demokratischen Kräfte in der Art zusammenwirken, daß die deutsche Arbeiterklasse jene weltgeschichtliche Umwälzung weiter verfolgt und unwiderruflich machen könne.

Für den sozialdemokratischen Parteivorstand Schwedens:
Branting, Vorsitzender. Möller, Parteisekretär.

Das abhängige Zentralorgan empfindet „eine kleine Genugtuung" darüber, daß die schwedischen Genossen die Regierungssozialisten „zu den Erfolgen unserer Politik beglückwünschen". Diese „Genugtuung" wird man allerdings nur dann empfinden können, wenn man den klaren Sinn des schwedischen Glückwunsches nicht verstehen will, der noch deutlicher durch das Telegramm an die Unabhängige Sozialdemokratie wird.

Den Regierungssozialisten wird lediglich vor Augen geführt, daß sich in Deutschland eine weltgeschichtliche Umwälzung vollzieht; von den deutschen Arbeitern erwarten unsere Genossen, daß sie die Stunde zu ausnützen, wie es den Interessen der Arbeiterinternationale entspricht. Nicht die Politik der Scheidemänner hat diese Umwälzung herbeigeführt; im Gegenteil: sie haben sich dagegen herbeigelassen, „mit den Regierungen, die den Krieg geführt haben, zusammenzuwirken", so heißt es ausdrücklich in dem Telegramm.

Wie anders aber der Glückwunsch an die Unabhängige Sozialdemokratie! Hier wird von den schwedischen Genossen festgestellt, daß nur die Unabhängige Sozialdemokratie auch unter den schwierigsten Verhältnissen nach den Grundsätzen der Internationale gehandelt, daß in unserer Partei der Geist lebt, der die alte Sozialdemokratie groß gemacht hat und daß es diese Grundsätze sind, nach denen jetzt der Friede zustande kommen soll.

Die Regierungssozialisten an der Seite der Regierungen, die den Krieg geführt haben,

die Unabhängige Sozialdemokratie unter dem Banner, das uns einst Liebknecht und Bebel vorangetragen haben, und das wieder siegreich über der Internationale flattern wird;

welcher klassenbewußte Arbeiter kann noch im Zweifel darüber sein, wo sein Platz in dieser Stunde ist?

Unsere Leser

ersuchen wir, den Bezugspreis nur gegen Aushändigung der vom Verlag herausgegebenen, auf den fälligen Monat und den zu zahlenden Betrag lautende Quittung zu entrichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181029-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. Oktober 1918.

Halbheiten.

Man schreibt uns aus Gewerkschaftskreisen zur Frage der Lebensmittelverteilung das Folgende:

Die Vertrauenspersonen der Hallischen organisierten Arbeiterschaft haben bekanntlich im Laufe der letzten Wochen Gelegenheit genommen, sich über die völlig ungureichenden und um die zum Teil ungerechte Verteilung der rationierten Lebensmittel auszusprechen. Es wurde eine Kommission gewählt, die dieserhalb beim hiesigen Ernährungsamt vorstellig werden und um bessere und gerechtere Verteilung nachsuchen solle. Diese Aufgabe hat sie erfüllt, indem sie Herrn Bürgermeister Sendel und Herrn Geheimrat Finger die ganze unhaltbare Situation in der Ernährungsfrage ohne Umschweife vor Augen führte. Dabei wurde mit zum Ausdruck gebracht, daß, wenn es dem Ernährungsamt nicht möglich sein sollte, im Laufe der allernächsten Zeit eine bessere Belieferung, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, herbeizuführen, dann die Arbeiterschaft unter Umständen zur Selbsthilfe zu greifen, gezwungen sei. Weiter wurde von der Kommission hervorgehoben, daß man weitaus größere Teile der Arbeiterschaft wie bisher als Schwer- resp. Schwerstarbeiter anerkennen und auch diesen die sogenannten Sonderzuteilungen von Lebensmitteln zugute kommen lassen müsse. Endlich wurde angeführt, daß der blühende Schleichhandel unbedingt unterbunden werden müsse, weil die besser situierten Bevölkerungsklassen die besten und nahrhaftesten der noch vorhandenen Lebensmittel in großen Mengen ankaufen und diese dadurch der übrigen Bevölkerung immer mehr entziehen würden.

Auf all dies Vorgebrachte gaben die beiden anhörenden Herren zu, daß sie diese Wünsche als zu Recht bestehend anerkennen müssen und daß sie alles versuchen würden, um sie ihrer Erfüllung entgegenzuführen.

Wiederum sind nun aber Wochen verstrichen, ohne daß die Gesamtheit unserer städtischen Bevölkerung etwas von einer Verbesserung gemerkt hat. Eher ist die Versorgung im allgemeinen noch schlechter geworden. Man braucht hierbei nur den Ausfall der Butterration für die gegenwärtige fleischlose Woche ins Auge zu fassen u. a. m. Anderntells findet man, daß der Schleichhandel üppig weiter blüht, daß sich die, über des nötige Geld verfügende bessere Gesellschaft nach wie vor mit allem eindeckt, was die übrigen Schichten kaum noch den Namen nach kennen. In letzter Zeit wird bemerkt, daß in den besseren Häusern an Kartoffeln viele Zentner ohne Bezugschein abgeladen werden. Unterdessen muß die große Masse mit sieben Pfund wöchentlich ihr elendes Leben fristen. Also auch hier keine Abhilfe, sondern ein weiteres Umsichgreifen des Schleichhandels in jeder Beziehung.

In einer Art scheint's allerdings, daß das Vorgehen der Kommission gewissen Erfolg hatte, und zwar darin, daß man die bisher als Schwer- und Schwerstarbeiter Anerkannten, vorige und diese Woche besonders bedacht hat, und zwar mit Heringen, Speck usw. Zu annehmbaren Preisen, in einwandfreier Beschaffenheit und in ziemlichem Umfang hat man diesen Teil der Arbeiterschaft diese schönen Sachen zur Verfügung gestellt.

Kein vernünftiger Mensch wird nun etwas dagegen einzuwenden haben, daß man all diese Raritäten verteilt. Aber nicht einer wird verstehen, warum nun gerade der Teil der Bevölkerung, der seit Jahren nicht die geringste Sonderzuteilung mit genossen hat, bei dieser Verteilung wiederum gänzlich ausgeschlossen wird. Man komme nicht damit, daß es nicht für alle gereicht hätte; nein, man hätte alle bedenken sollen und wenn dabei auch die Rationen noch so klein ausgefallen wären. Wenn man sich das so beliebte Verfahren näher betrachtet, so gewinnt es den Anschein, als tue man es absichtlich, um gewissermaßen einen Keil in die Gesamtbevölkerung zu treiben. Mag nun dieses gegenseitige Gegeneinanderausspielen auch bisher dazu beigetragen haben, daß sich die gesamte Bevölkerung in ihren Wünschen und Forderungen in dieser Beziehung nicht einig werden konnte, so steht aber doch fest, daß dieses Spiel über kurz oder lang nicht mehr aufgeführt werden kann. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Nach diesem Grundsatz müssen die maßgebenden Behörden nunmehr handeln. Tun sie das nicht, dann werden sie mit Schrecken erleben, daß ihr System gänzlich Schiffbruch erleiden wird.

---

* Versammlungsverbot in Lünnern. Der „neue Kurs" wird nicht ganz einwandfrei nach vorn gesteuert; jedenfalls nicht auf dem Gebiete des Versammlungswesens. Und hier, glaubte man, würde sich der Fortschritt zuerst und allgemein durchsetzen, da vom stellvertretenden Generalkommando des 4. Armeekorps erst ganz kurz vor dem Wechsel des kommandierenden Generals öffentlich weitestes Entgegenkommen der Behörden zur Erleichterung des Versammlungswesens zugesichert worden war. Die Kunert-Versammlungen in Halle und Quedlinburg wurden genehmigt noch Vorlegung einer kurzen Inhaltsangabe des Vortrags, und nirgends hat ein überwachender Beamter Anlaß zum Einschreiten gefunden. So verliefen die Versammlungen überall, trotz Massenandranges, ohne jede Störung und in aller Ruhe. Um so auffälliger muß nun die Tatsache wirken, daß vom Genossen Kunert durch die Polizeiverwaltung in Lünnern die Vorlegung des vollständigen Redemanuskripts als Voraussetzung für die Genehmigung verlangt worden ist, und zwar auf Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos in Magdeburg. Diesem Ersuchen hat Genosse Kunert selbstverständlicherweise nicht entsprochen; es ist vielmehr der Beschwerdeweg an den Reichskanzler beschritten worden bezw. an seinen Stellvertreter, den Staatssekretär Gröber. Die Erledigung des Einspruchs gegen Verbot und Verlangen der Vorlegung des Redewortlautes wird zeigen, ob wir auch in der Provinz Sachsen „neuen Kurs" steuern oder ob es beim alten Zustand bleibt, der es einem Reichstagsabgeordneten unmöglich macht, sein verfassungsmäßiges Recht auszuüben, zu seinen Wählern zu sprechen.

* Die Ausfertigung der Bezugscheine für Winterkartoffeln vom Lande war, wie uns vom Magistrat geschrieben wird, im Stadternährungsamt am 20. Oktober beendigt; die einzelnen Haushalte sind benachrichtigt, daß die Scheine zur Abholung bereit liegen. Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß die Bezugscheingebühren, die vielfach angefeindet werden, keine Einnahme der Stadt darstellen, sondern von den Landratsämtern als Kommissionsgebühren auf Grund der Bestimmungen der Reichskartoffelstelle gefordert worden sind und nach dort abgeführt werden müssen. Der Magistrat selbst übernimmt keine nicht unerheblichen Ausgaben auf die Stadtkasse. Von den Haushalten, die die Lieferung ihrer Winterkartoffeln durch die Stadt von einem Kartoffelgroßhändler beantragt haben, sind bereits zwei Drittel beliefert. Die Belieferung wäre schon beendet, wenn nicht die Zufuhren von wirklich guten Kartoffeln, die sich für das Einlagern in den Haushalten eignen, täglich nur in geringen Mengen eintrafen. Die jenigen Haushalte, die ihre Kartoffeln von einem städtischen Lager selbst abholen wollen, werden voraussichtlich in den nächsten Tagen aufgerufen werden können. Daß dies nicht schon früher geschehen ist, liegt auch an den ungenügenden Lieferungen aus den der Stadt zugewiesenen Kreisen. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß bei den als Wintervorrat gelieferten Kartoffeln eine Schwundreserve eingegriffen ist. Diese ist auf 9 Pfund für jeden Zentner bemessen. Danach muß z. B. bei einer ständigen Wochenquote von 7 Pfund ein Zentner dreizehn Wochen reichen (7mal 13 = 91 Pfund, dazu 9 Pfund für Schwund = 1 Zentner). Jeder Haushalt, der seinen Wintervorrat erhalten hat, kann sogleich mit dessen Verbrauch beginnen, muß aber dann sofort die entsprechenden Kartoffelkarten der Kartoffelkartenstelle im Stadternährungsamt einreichen; dazu hat er sich der in den Brotmarkenstellen ausliegenden bedruckten Briefumschläge zu bedienen. Als spätester Zeitpunkt, zu dem alle Haushalte mit dem Verbrauch ihres Wintervorrates begonnen haben müssen, ist der 1. Dezember vorgesehen.

* Kriegsdenkmünze der Stadt Halle. Es sollte für eine Stadtverwaltung zwar eine Selbstverständlichkeit sein, in dieser Zeit des rapidesten Anwachsens der Schuldverpflichtungen jede, auch die kleinste vermeidbare Ausgabe zu unterlassen. Denn Lasten sind schon jetzt genug zu tragen von der Bürgerschaft, und was die Zukunft in diesem Betracht bringen wird, davon vermögen wir uns wohl überhaupt noch gar keine rechte Vorstellung zu machen. Trotzdem ließ der Magistrat auf städtische Kosten eine Erinnerungsdenkmünze aus Eisen prägen und bringt sie jetzt zur Verteilung. Die Stadtverordneten sind zuerst damit bedacht worden, wahrscheinlich auf dem Grunde, weil die für die Herstellung der Medaille erforderlichen Mittel von ihnen noch bewilligt werden sollen. Der Entwurf der Denkmünze stammt vom Bildhauer und Lehrer an der Kunstgewerbeschule Herrn Gustav Weidana. Sie zeigt auf beiden Seiten Bilderschmuck und trägt umlaufend die Inschrift: „Dank der Stadt Halle für Kriegshilfe ihrer Bürger und Frauen. 1914—1918". Wirkt der Rote Turm auf der Rückseite echt und eindrucksvoll als Wahrzeichen bürgerlicher Kraft, so scheint uns das Titelbild arg mißlungen zu sein. Es soll, wie der Magistrat in einer längeren, Reklamenotiz mitteilt, den Gedanken des Krieges verkörpern, dem die Kriegshilfe der Bürger und Frauen der Heimatstadt gilt. Uns läßt die Denkmünze ebenso gleichgültig, wie beispielsweise unseren Genossen Osterburg, der sie ihm zugesandte Erinnerungsmedaille an den Krieg dem Magistrat zurückgegeben hat mit dem Hinweis darauf, daß ihn an den Krieg leider vieles wenig angenehm noch lange Zeit erinnern werde und daß er deshalb auf ein besonderes Zeichen verzichten könne. Aber wir haben doch den Eindruck, als ob die Hauptbildseite der Idee nicht gerecht wird und in der Darstellung obendrein verunglückt ist. Ein Mann mit langem Waffenrock und Helm steht mit gespreizten Beinen da und sticht mit sehr viel Schwung eine Plempe aus der Scheide. Das ist wohl die Idee des Krieges, aber nicht die städtischer Kriegshilfe, die versinnbildlicht werden sollte. Auf uns macht das Bild den Eindruck, als solle es Oberbürgermeister Rive darstellen, wie er sich an die Spitze der Hallischen Alldeutschen setzt, um in den „Volkskrieg" zu ziehen, wo er sein Blut für die höchsten Güter der Nation (wie er sie auffaßt) verspritzen will. Die technische Ausführung in Eisenguß und schwarzer Patina ist trefflich gelungen.

* Flugplatz und Gertraudenfriedhof liegen bekanntlich nahe zusammen. Aus diesem Grunde wird es sich nicht immer vermeiden lassen, daß der Friedhof von Flugzeugen überflogen wird. Wenn es aber in den letzten Wochen vorgekommen ist, daß die Flugzeuge nur in geringer Höhe darüber hinflogen und wiederholt, so daß die Begräbnisfeierlichkeiten durch das laute Propellergeräusch empfindlich gestört werden, dann müssen die Friedhofsverwaltung und der Magistrat aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, die solche Störungen in Zukunft unmöglich machen.

* Allgemeine Volkszählung am 4. Dezember. Für die praktische Durchführung der Versorgungsregelung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl des Reichs, der Bundesstaaten, der kleinen Verwaltungsbezirke und der Gemeinden unerläßlich. Der Bundesrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mittwoch, den 4. Dezember 1918, eine Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung soll in gleicher Weise wie im vorigen Jahre durchgeführt werden. Sie dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen.

* Die freiwilligen Unterrichtskurse der gewerblichen Fortbildungsschule. Man schreibt uns: Da der Unterrichtsbetrieb der gewerblichen Fortbildungsschule bis 31. d. M. geschlossen ist, so sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß zu den seit Ostern d. J. eingerichteten freiwilligen Unterrichtskursen noch Anmeldungen im Bureau — Kl. Steinstraße 8, Zimmer 127 — angenommen werden. Diese freiwilligen Kurse sind eine außerordentlich günstige und billige Gelegenheit zur weiteren Fortbildung in enger Anlehnung an die Pflichtfächer. Preis pro Halbjahr und Doppelstunde 1,50 Mk. An den Kursen, welche gegliedert sind in solche für Anfänger und solche für Fortgeschrittene, beteiligen sich mehrere hundert unserer Schüler. Werkstatt und Elternhaus haben das größte Interesse daran, gerade in dieser ernsten Zeit und dem bildungsschwersten Lebensalter die jungen Leute in verstärktem Maße unter den wohltätigen Einfluß nutzbringender Berufsbildung gestellt zu sehen. Es seien daher Eltern und Lehrherren auf diese Einrichtung besonders empfehlend hingewiesen. Einzelne bestehen Kurse in Kunstschrift, Rechnen, Arithmetik, Deutsch, Fachzeichnen für Metallgewerbe, Fachzeichnen für Baugewerbe und Fachzeichnen für schmiedende Berufe. Weitere Auskunft und Beratung werden im Bureau bzw. vom Direktor erteilt.

* Schulbeginn am 1. November. Der wegen der Grippe in den hiesigen Mittel- und evangelischen Volksschulen eingestellte Schulunterricht wird laut Bekanntmachung des Kreisschulinspektors für Halle-Stadt am 1. November 1918 wieder aufgenommen.

* In der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule beginnt der Unterricht nicht am 1. November, sondern am Montag, den 4. November.

* Stadttheater. Heute, Dienstag, Fidelio von Beethoven. Mittwoch, den 30., findet die Erstaufführung des Schwankes Familie Schimek von Kadelburg statt. Das Stück, das an den Kammerspielen des Deutschen Theaters weit über 100 Aufführungen erlebte, verzichtet auf jeden literarischen Ehrgeiz und ist nur dazu bestimmt, einige heitere Stunden zu bereiten. Unter der Spielleitung Adalbert Krivals wirken in den Hauptrollen mit die Damen von Durand, Jonas, Delcke, Gravi und die Herren Schur, Wedding, Wilcke und Landar. Donnerstag Hoffmanns Erzählungen, Freitag und Sonntag abend Lohengrin.

* Arbeit für die Feuerwehr. Zur Beseitigung eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr gestern nach einem Grundstück in der Königstraße gerufen. Es verbrannte ein Zentner Heu, das zu nahe an zwei Aschenbehälter gelegt worden war. Die Wehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

* Zusammenstoß. An der Ecke Mühlweg-Henriettenstraße stieß ein Straßenbahnwagen mit einem Reisegepäckwagen zusammen, wobei letzterer zur Seite geschleudert wurde. Eine im Innern des Wagens befindliche Laterne fiel durch den Anprall zu Boden und setzte mehrere Gepäckstücke in Brand. Durch die Feuerwehr wurde der Brand in kurzer Zeit gelöscht. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* Aus einer Irrenanstalt entwichen. In der Trotharer Straße wurde ein in Anstaltskleidung befindlicher Mann angehalten, der angab, sich vor etwa 14 Tagen aus einer Irrenanstalt entfernt zu haben. Er wurde in Gewahrsam genommen.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Das Kaiser-Panorama, Große Ulrichstraße 4-5, I. bringt uns in dieser Woche zwei recht interessante Reisen. Die erste führt uns nach Tirol ins Oetztal und die Dreier-Alpen. Die zweite nach Nord-Amerika zu den Niagarafällen. Ein Besuch ist lohnend.

Lünnern. Ein Zentner Butter ist in der Nacht zum Sonntag aus der hiesigen Dampfmolkerei gestohlen worden.

Allerlei.

Schiffskatastrophe.

300 Menschen umgekommen.

Vancouver, 28. Oktober. (Reutermeldung.) Der Canadian Pacific-Dampfer Prinzeß Sophie ist vorgestern nacht im Sturm gescheitert. 268 Fahrgäste und 75 Mann der Besatzung, die fast alle aus Alaska stammen, sind umgekommen.

Kettenhandel mit Getreide.

Wegen Kriegswuchers und Kettenhandels mit Roggen, Gerste und Weizenmehl, sowie mit Erbsen, Grütze und Kunstdünger verurteilte, dem B. T. zufolge, die Strafkammer in Konitz den Geschäftsführer Wenzel Nowatschel aus Bandsburg zu 8 Monaten Gefängnis, 8000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust, den Bankvorsteher Ignaz Piorkowski in Bandsburg zu 10 Monaten Gefängnis, 12 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust, den Agenten Heinemann Cohn aus Hamburg zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, den Zolldeklaranten Lütge aus Altona zu 2000 Mark Geldstrafe. Der übermäßige Gewinn wurde eingezogen. Die Angeklagten hatten unter anderem Grütze und Erbsen zu 60 Mk. den Zentner aufgekauft und zu 260 Mk. an die Heilpflegeanstalt Lüneburg weiterverkauft.

Stadt-Theater.

Neueinstudiert: Lohengrin. Von den Wagnerschen Frühwerken hat der Lohengrin die längste Zeit gebraucht, um sich durchzusetzen. Für die Zeit seiner Entstehung waren die Anforderungen, die das Werk an Aufführende wie Hörer stellte, ungeheuerliche, und so kam es nicht selten vor, daß Erstaufführungen mißglückten. (Leipzig 1854.) Man zog allenthalben den Tannhäuser vor. Für die ernste, streng durchgeführte pessimistische Grundidee des Werkes hatte die Mehrheit kein Verständnis und Interesse. Erst in den 70er Jahren war die Stimmung dem Werke günstig und wurde mit Begeisterung aufgenommen. Keine noch so hämische Kritik (z. B. Hanslick) konnte dann den Siegeszug des Werkes hemmen, und seitdem steht es fest in der Gunst der Nation. Die gestrige Aufführung unter Leitung von Oskar Braun und Leopold Sachse war in mancher Hinsicht außerordentlich gelungen. Der beste Lohengrin-Regisseur, ein Lohengrin-Regisseur zudem von ganz unbeschreibarer Autorität, ist — Richard Wagner. Wer der Meister selbst das Werk vor seinem geistigen Auge sah, wie er es in allem, was zur Szene gehört, dargestellt wissen wollte, darüber geben uns die genauen Angaben im Klavierauszug hinreichend Aufschluß. Leopold Sachse hielt sich im allgemeinen stark an den Klavierauszug, ließ aber in mancherlei Einzelheiten seine persönliche künstlerische Eigenart erkennen. In die meist konventionell verharrenden Massen brachte er, in der Aufführung selbst unter ihnen, Leben, Bewegung und Rhythmus. Oskar Braun dirigierte mit voller Hingabe, so daß diese oft gehörte, nie alternde Musik mit all ihren Feinheiten und Schauern wieder einmal zum Erlebnis wurde. Wie wunderbar wirkt dies hehre Werk noch immer, wenn es vom starken Strom tiefster Empfindung durchpulst wird. Die Begleitungsmusik, die im Lohengrin schon auf den sinfonischen Prinzipien beruht, die in den Meistersingern und ganz besonders im Tristan zur höchsten Entfaltung gelangen, hatte Charakter und Farbe, bedrängte aber manchmal den Vortrag auf der Bühne und bedarf noch zartester Gestaltung.

Von den Darstellern nimmt naturgemäß der Titelheld die erste Stelle ein. Oskar Bola wirkt als Lohengrin deshalb so angenehm, weil er die lichte Figur nicht mit dem üblichen unerträglichen Selbstbewußtsein ausstattet, daß die meisten Opernsänger ihr anschminken. Frische, schlanke, geschmeidige Tatkraft, die himmelsnahe Heiterkeit der Montalvatsöhne bringt er mit und weiß sie selbst in tragischen Momenten der Partie nicht ganz vergessen. Dina Mahlendorff als Elsa ist den Theaterbesuchern eine alte Bekannte, man schätzt ihre Leistung wegen ihrer sympathischen, von Sentimentalität nicht ganz freien Auffassung der Rolle. Gut war wieder Meta Touchy als dramatisch leidenschaftliche, bis zum Tode rachsüchtige Ortrud. Die gesanglich und darstellerisch so anspruchsvolle Partie bewältigte sie mit voller Durchschlagskraft. Wagner verlangt, daß bei der Ortrud-Figur „nicht das mindeste Kleinliche vorkommen darf, daß sie bei jeder Aeußerung ihres Hohnes, ihrer Tücke die ganze Gewalt des entsetzlichen Wahnsinns durchblicken lassen muß". Wer in den Briefen Wagners an Mathilde Wesendonk blättert, wird den Schlüssel der Ortrud-Figur, noch richtiger den für den zweiten Akt des Lohengrin bald gefunden haben. Der Meister führt aus, daß die Lohengrin-Oper das „allertragischste Gedicht bedeutet, weil die Versöhnung wirklich nur zu finden ist, wenn man einen ganz furchtbar weiten Blick auf die Welt wirft..." (!) Fritz Herzmanns Lesekreund ist uns besonders dadurch wert, daß er als Mensch mit lebenswahren Temperamenten, nicht bloß als romantischer Opernbösewicht vor uns steht. Kornelius Bark war künstlerischer Verwalter eines edlen Stimmbesitzes dem Darsteller überlegen; seine Gestaltung des allerdings von Hause aus langweilig, unpersönlichen Theaterkönigs müßte majestätischer sein. Georg Westernhagen sang den Heerrufer gleichfalls mit gutem Verständnis und feiner Schattierung. Das Verschwörenenquartett und die platzheischenden Pagen waren mit Solisten besetzt. Die ungemein schwierigen Chorsätze klappten im allgemeinen, von fast unvermeidlichen Schwankungen abgesehen, überraschend gut. Der stimmungsvolle Abend fand die gebührende Würdigung des Publikums.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis (U. S. P. D.)

Quittung. Folgende Beträge sind eingegangen: 14. Distrikt (Friedrichstraße) 5,70 Mk.; 14. Distrikt Landtour Krosigk-Kaltenmark 20,63 Mk.; 17. Distrikt Tour Dornitz 12,50 Mk.; 17. Distrikt (Brunnenstraße) 14,66 Mk.; Distrikt 9a (Merseburger Viertel) 41,39 Mk.; 15. Distrikt (Geiststraße) 25 Mk.; 13. Distrikt (Magdeburger Straße), 8. Rate, 76,75 Mk.; 2. Distrikt (Steinstraße) 25 Mk.; 17. Distrikt (Brunnenstraße) 28,30 Mk.; 8. Distrikt (Alter Markt) 87,10 Mk.; 15. Distrikt (Geiststraße), 2. Rate, 50 Mk.; 4. Distrikt (Mansfelder Viertel) 46,50 Mk.; Distrikt Könnern 102,82 Mk.; 18. Distrikt (Giebichenstein) 154,63 Mk.; 20. Distrikt (Kröllwitz mit Landtour Brachwitz) 193,38 Mk.; Distrikt Trebitz-Beesitz 30,70 Mk.; Kaiser 4 Mk.; Distrikt Niemberg 18,20 Mk.; 15. Distrikt, 3. Rate, 45 Mk.; 13. Distrikt (Magdeburger Straße), 4. Rate, 82,50 Mk.

Das Parteisekretariat.

Reichskanzler Prinz Max von Baden über die Kriegsanleihe:

*1489

Die neunte Kriegsanleihe muß den ungebrochenen Selbsterhaltungswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 29-14/fragment/page=0006